

John Bellamy Foster • Michael Löwy • Jess Spear
Daniel Tanuro • Christian Zeller
Ökosozialismus

Die Autor:innen

John Bellamy Foster ist Professor für Soziologie an der University of Oregon in Eugene. Er arbeitet und veröffentlicht zu den Themen politische Ökonomie und Umweltsoziologie und ist Herausgeber des marxistischen Magazins *Monthly Review*.

Michael Löwy war Forschungsdirektor am CNRS (Centre national de recherches scientifiques) in Paris. 2016 erschien sein Buch *Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe* (Laika).

Jess Spear hat als Naturwissenschaftlerin in St. Petersburg, Florida und anschließend als Mikropaläontologin in Seattle gearbeitet. Sie zog 2017 aus den USA nach Irland um. Sie ist Redakteurin der Vierteljahreszeitschrift *Rupture* sowie Organisationssekretärin von RISE, einem marxistischen Netzwerk, das Teil der in der Republik Irland und in Nordirland aktiven sozialistischen Partei „People Before Profit“ (PBP) ist.

Daniel Tanuro ist Agraringenieur und Ökosozialist sowie Gründungsmitglied der belgischen NGO »Klima und soziale Gerechtigkeit«. Bei *ISP* erschien sein Buch *Klimakrise und Kapitalismus* (2. erweiterte Auflage 2022).

Christian Zeller lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg. 2020 erschien sein Buch *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen* (oekom).

John Bellamy Foster • Michael Löwy • Jess Spear
Daniel Tanuro • Christian Zeller

Ökосоzialismus

Positionen der Klassiker – Debatten heute



Der Verlag dankt der *Monthly Review* (New York), der Redaktion von *die Internationale* und der Webredaktion von www.intersoz.org für ihre Unterstützung.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.ddb.de>](http://dnb.ddb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-89900-159-4

ISP

Neuer ISP Verlag GmbH Köln/Karlsruhe

e-mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

Der Neue ISP Verlag ist Mitglied der Assoziation Linker Verlage (aLiVe).

Deutsche Erstausgabe, Mai 2023

© Neuer ISP Verlag GmbH und Autor:innen

Satz: Neuer ISP Verlag GmbH

Umschlaggestaltung: Anne Kempfer, Karlsruhe

Gesamtherstellung: Esser printSolutions GmbH, Bretten

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Verwertung ohne Zustimmung des Autors und des Verlags ist unzulässig.

Inhalt

I. Positionen der Klassiker

John Bellamy Foster

Engels' Dialektik der Natur im Anthropozän 7

Michael Löwy

Ernest Mandel und der Ökosozialismus 31

II. Debatten heute

1. Der aktuelle Stand der Klimakrise

Daniel Tanuro

Schneller und heftiger als erwartet 40

Daniel Tanuro

Dürre, Hitzewelle und Revolution 46

2. Kritik des „Grünen Kapitalismus“

Michael Löwy

13 Thesen über die bevorstehende ökologische Katastrophe
und die (revolutionären) Mittel, sie zu vermeiden 56

Michael Löwy

Planung und ökologische und soziale Transformation
Der »grüne Kapitalismus« hält nicht, was er verspricht 61

3. Beiträge für ein ökosozialistisches Programm

Jess Spear

Frauen und Natur:
Für einen ökosozialistischen Feminismus 74

Michael Löwy

Ökosozialismus und/oder „Degrowth“?
Für das Zusammengehen aller Strömungen der antikapitalistischen Ökologie . 85

Christian Zeller
Ökosozialistische Strategie statt Green New Deal 91

Daniel Tanuro
Die einzig mögliche Freiheit 145

Ökosozialistische Strategie statt Green New Deal

1. Einleitung

Wir befinden uns in einer dramatischen Situation. Die atmosphärische Treibhausgaskonzentration steigt weiterhin an. Die Gesellschaften sind nicht einem allmählichen Klimawandel ausgesetzt, vielmehr drohen abrupte Veränderungen und eine Häufung von Wetterextremen, die wiederum gesellschaftliche Katastrophen auslösen. Jüngste Studien kommen zum Schluss, dass das Erdsystem bereits dabei ist, Kipppunkte zu überschreiten (Armstrong McKay, et al. 2022). Eine nur noch geringe weitere globale Erwärmung wird sich selbst verstärkende und unvorhersehbare Wirkungen auslösen. Wir treten in eine Phase gesellschaftlicher Instabilität im Kontext abrupter Veränderungen des Erdsystems. Auch der Besatzungskrieg des Putin-Regimes gegen die ukrainische Bevölkerung unterstreicht mit großer Brutalität, dass sich ökosozialistische und emanzipatorische Bewegungen auf sprunghafte und nicht-lineare Entwicklungen einstellen müssen (Zeller 2022a).

Die Hitzewellen und Trockenperioden 2021 und 2022 in vielen Regionen der Welt, die großflächigen Überschwemmungen in Pakistan 2022 sowie das schneller als erwartete Abschmelzen des Eises an den Polen sind bloß die Vorboten umfassender Veränderungen des Erdsystems. Die Klimaforscher:innen warnen seit vielen Jahrzehnten vor einem Umschlag des Erdsystems. Der am 9. August 2021 publizierte Entwurf des 6. Sachstandsberichts der Arbeitsgruppe I des IPCC zu den physischen Grundlagen der sich rasch beschleunigenden Erderhitzung ist ein Warnruf vor der Konsequenzen der unausweichlichen physikalischen Naturgesetze (IPCC 2021). Der IPCC-Bericht fasst den Prozess der künftigen Erderhitzung in fünf illustrativen sozioökonomischen Entwicklungspfaden (*Shared Socioeconomic Pathways*) zusammen. Die Erkenntnis aus jüngerer Entwicklung ist brutal und ernüchternd. Das Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015, die Erderhitzung auf 1,5° C zu begrenzen, lässt sich im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, die der IPCC akzeptiert, nicht mehr erreichen.

Sogar, wenn sich die Regierungen an der COP 26 Konferenz in Glasgow auf das radikalste Szenario (SSP1-1.9) einer schnellen und umfas-

senden Reduktion der Treibhausgasemissionen einigen würden – was ausgeschlossen ist – befände sich die Welt weiterhin auf einem katastrophalen Pfad. Selbst in diesem Szenario würde sich das Erdsystem schon in wenigen Jahrzehnten so stark und abrupt verändern, dass den bisherigen Vorstellungen über eine sozial-ökologische Transformation die Grundlagen entzogen würden.

Um mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % die Temperaturzunahme auf 1,5° zu begrenzen, durfte die Welt im Jahr 2021 noch 500 Gt CO₂ ausstoßen, bei einer Wahrscheinlichkeit von 83% waren es nur noch 300 Gt CO₂ (IPCC 2021: SPM-38, Table SPM.2). Das gipfelt in einer absurden Vorstellung. Stieße die Welt weiterhin jährlich um die 40 Gt CO₂ aus, müsste also bereits um 2030 weltweit jede Maschine sofort abgestellt werden, die CO₂ ausstößt. Diese Rechnung berücksichtigt die historische Schuld der frühindustrialisierten imperialistischen Länder noch nicht einmal.

Die ansteigenden Treibhausgasemissionen, die Erderhitzung und das Überschreiten mehrerer planetaren Grenzen erfordern einen raschen und umfassenden Umbau der industriellen Produktion und der Transportorganisation, einen Ausbau der gesellschaftlichen und kollektiven Infrastruktur sowie eine Veränderung der Konsumgewohnheiten. Die Interessensvertreter:innen des Kapitals und die Regierungen, gefangen in ihrer Logik der Wettbewerbsfähigkeit, sind weder willens noch in der Lage, die Produktion, den Transport und den Konsum so stark zu defossilisieren, dass die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt wird.

Breite Teile der Klimabewegung, zahlreiche kritische Intellektuelle und viele Aktivist:innen in sozialen Bewegungen sowie aktive Gewerkschaftler:innen meinen, dass sich substanzielle ökologische und soziale Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzen ließen. Diese Vorstellung verdichtet sich seit einiger Zeit in unterschiedlichen Vorschlägen für einen Green New Deal. Die Vielfalt der Entwürfe für derartige Green New Deals ist beachtlich und bisweilen verwirrend, weil unter demselben Begriff sich deutlich voneinander unterscheidende Vorschläge in die gesellschaftliche Diskussion gebracht werden. Doch alle Vorschläge für Green New Deals weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Alle gehen davon aus, dass die kapitalistische Produktionsweise mit entsprechenden institutionellen Reformen auf eine ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleiche Entwicklungsweise geschoben werden kann.

Ich argumentiere hier, dass bei einem entsprechenden Kräfteverhältnis sich zwar einzelne kapitalistische Länder etwas sozialer und ökolo-

gischer gestalten lassen. Doch alle Vorschläge für einen Green New Deal genügen weder den ökologischen Erfordernissen und den dringenden sozialen Bedürfnissen im Weltmaßstab noch schlagen sie ein ökonomisch konsistentes Entwicklungsmodell im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise vor. Die Widersprüche sind zu umfassend, als dass sich ein stabiles sozial-ökologisches kapitalistisches Entwicklungsmodell durchsetzen ließe.

Die gesellschaftliche und politische Instabilität und die abrupten Veränderungen des Erdsystems im Anthropozän-Kapitalismus machen jede graduelle Reformstrategie illusorisch. Weder ökonomisch und gesellschaftlich noch in Bezug auf die Rahmenbedingungen des Erdsystems bestehen die Voraussetzungen, die eine graduelle sozial-ökologische Reform oder gar einen neuen Sozialpakt mit den Teilen der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, zulassen.

Der Kapitalismus im Anthropozän mit seinen Kippunkten im Erdsystem zwingt uns vielmehr zu einer revolutionären ökosozialistischen Strategie, die allerdings erst in unscharfen Umrissen erkennbar ist. Darum werde ich am Anschluss an die Kritik der unterschiedlichen Green New Deals eine ökosozialistische Strategie skizzieren.

Denn das Ziel, die globale Erderwärmung auf 1,5° C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen lässt sich nur verwirklichen, wenn in den imperialistischen Ländern einschließlich China radikale industrielle Rück- und Umbauprogramme umgesetzt werden. Das ist allerdings unter den gegebenen Machtverhältnissen und ohne Bruch mit der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzlogik nicht erreichbar. Die großen Konzerne werden freiwillig nicht bereit sein, ihr mit den fossilen Energieträgern verbundenes Kapital entwerten zu lassen.

Meine Argumentation gliedert sich in drei Teile. Zunächst skizziere ich im zweiten Abschnitt einige Grundzüge der kapitalistischen Produktionsweise und des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Dann erörtere ich zentralen Herausforderungen für die gegenwärtige Krisenbearbeitung und zwar einerseits im Kontext der anhaltenden Macht des Finanzkapitals und andererseits unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen des Erdsystems.

Im dritten Abschnitt gehe ich zunächst kurz auf die seit den frühen 1990er Jahren diskutierten Vorschläge für einen Green New Deal ein. Anschließend überprüfe ich die gegenwärtig diskutierten Varianten von Green New Deals und den European Green Deal mithilfe eines Kriterienkatalogs, der deren Ziele und Maßnahmen, deren makroökonomische Konsistenz und die Rolle gesellschaftlicher Schlüsselakteure

erfasst. Auf dieser Grundlage zeige ich schließlich, dass ich die Green New Deal Vorhaben ökologisch unzureichend und ökonomisch widersprüchlich sind. Sie sind deshalb im Kontext der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung unrealistisch. Vielmehr ist eine Strategie des antikapitalistischen Bruchs erforderlich.

Im vierten Abschnitt stelle ich der Green New Deal Perspektive eine ökosozialistische Strategie entgegen. Diese setzt auf Strukturreformen in der Dynamik auf einen antikapitalistischen Bruch. Hier argumentiere ich, dass eine Perspektive für einen Green New Deal nur dann sinnvoll ist, wenn sie eine gesellschaftliche Dynamik befördert, die dazu beiträgt, das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis so zu verändern, dass substanzielle sozial-ökologische Strukturreformen durchgesetzt werden können. In einer ökosozialistischen Perspektive sind jene Forderungen zu unterstützen, die dazu beitragen, eine Strategie des antikapitalistischen Bruchs und der ökosozialistischen Transformation voranzutreiben. Die zentrale Achse einer revolutionären ökosozialistischen Strategie ist der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht, die die demokratische gesellschaftliche Aneignung der wesentlichen Sektoren der Wirtschaft und deren sozial-ökologischer Umbau ermöglicht.

Im Fazit unterstreiche ich die Notwendigkeit des Neuaufbaus einer pluralen Bewegung der Arbeitenden und einer revolutionären ökosozialistischen Strategie.

2. Anhaltende Dominanz des Finanzkapitals im Kontext planetarer Grenzen

2.1 Das Kapital beutet die Menschen aus und plündert die Natur

Jedes Projekt für eine gesellschaftliche Veränderung steht vor der Herausforderung die Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer gegenwärtigen Phase zu bestimmen und zwar im Kontext der ökologischen Rahmenbedingungen. Das ist erforderlich, um die Spielräume für eine etwas weniger ungleiche und ökologisch zerstörerische Konfiguration des Kapitalismus und die Konturen einer revolutionären Strategie abzuschätzen. Zunächst geht es um das Verständnis der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise. Diese beruht auf vier miteinander verschlungenen, allerdings sehr unterschiedlich strukturierten gesellschaftlichen Verhältnissen.

Erstens stützt sich die kapitalistische Produktionsweise darauf, dass Unternehmen unter dem Zwang der Konkurrenz Kapital akkumulieren und möglichst überdurchschnittliche Profite erzielen. Damit ist der Zwang zu Wachstum und zu einem steigenden Ressourcenverbrauch verbunden. Im Zuge der Produktion neuer Werte eignet sich das Kapital unbezahlte Mehrarbeit in Form eines Mehrwerts durch die Ausbeutung der Lohnarbeit an.

Zweitens können die Lohnarbeitenden nur arbeiten, wenn sie ernährt, aufgezogen, gebildet, gepflegt und umsorgt werden. Es braucht also auch jene, welche die Lohnabhängigen reproduzieren. Das sind zumeist Frauen. Das heißt, die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit in Form des Mehrwerts ist auf die Erschließung unbezahlter reproduktiver Arbeit angewiesen. Diese beiden Ausbeutungsformen sind konstitutiv miteinander verwoben.

Drittens beruht der ganze Verwertungsprozess des Kapitals auf dem Raubbau an der Natur und der Entnahme ihrer „freien Güter“. Jeder Produktionsprozess, jeder Transportvorgang und jede Konsumtätigkeit ist immer zugleich auch eine Interaktion mit der Natur. Marx erfasste diese Verwobenheit mit dem treffenden Begriff des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Wenn wir also einen anderen Umgang mit der Natur pflegen wollen, müssen wir anders und weniger produzieren, den Transport anders organisieren und anders konsumieren.

Viertens sichert sich das Kapital seine Herrschaft auch durch die systematische Spaltung der Klasse der Arbeitenden. Dabei sind rassistische Diskriminierungen ein entscheidendes Instrument zur Herrschaftssicherung.

Diese vier Verhältnisse bestimmen die sozial und räumlich ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie beruhen auf ungleicher Entwicklung und erzeugen diese ständig neu. Die kapitalistische Produktionsweise bringt den Imperialismus hervor und damit unterschiedliche Formen von Dominanz und Wertetransfers von dominierten zu dominierenden Regionen und Ländern. Die Ausbeutung der Lohnarbeit und der Reproduktionsarbeit sowie der Raubbau an der Natur und die internationale imperialistische Expansion gehen zwingend miteinander einher. Eine emanzipatorische Umwälzung der Gesellschaft zu sozialer Befreiung und einen vernünftigen Stoffwechsel mit der Natur muss eine Überwindung dieser Verhältnisse durchsetzen. Warum sind diese grundsätzlichen Feststellungen wichtig? Sie unterstreichen, dass sich alle ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nur gemeinsam anpacken lassen und dabei immer die globale Dimension zu beachten ist.

Es lässt sich nicht zuerst das Klima retten und erst anschließend gegen Diskriminierung und Ausbeutung kämpfen.

2.2 Finanzdominierte Akkumulation

Der kapitalistische Akkumulationsmotor stottert seit der letzten großen Krise 2007-09. Die Produktivitätsgewinne sind deutlich niedriger als noch zu Zeiten der glorreichen dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg oder der New Economy in den 1990er Jahren (Roberts 2021). Seit den späten 1970er Jahren hat sich im Zuge der neoliberalen Wende eine Konfiguration des Kapitalismus durchgesetzt, die von einer enormen Bedeutungszunahme des Finanzkapitals gekennzeichnet ist. Letztlich bestimmen Erwartungen des fiktiven Kapitals, sich einen Teil des Mehrwerts in Form von Zins- und Rentenerträgen einzustreichen, den Rhythmus der Akkumulation (Chesnais 2016). Weil die gängige, obschon gesteigerte, Ausbeutung der Arbeit hierzu nicht reicht, verstärkte das Kapital seine internationale Expansion in neue Gebiete, vor allem China, zur Einsaugung von Millionen zusätzlicher Arbeiter:innen in die Mehrwertproduktion und setzte darüber hinaus vermehrt Prozesse der Akkumulation durch Enteignung durch (Harvey 2003; Zeller 2004, 2011).

Der teilweise Wiederanstieg der Profitraten in den 1990er und 2000er Jahren führte allerdings nicht zu einer Ausdehnung der Investitionen, sondern diente der Verteilung in Form von Finanzerträgen (Husson 2009) und der Errichtung eines Regimes im Dienste der Rentiers (Zeller 2011). Es zeigte sich, dass die Investitionstätigkeit sich teilweise von der Profitabilität entkoppelte (Durand und Gueuder 2018).

Die herrschenden Kapitalfraktionen haben es im Zuge der Krise 2007-09 geschafft, eine Entwertung des fiktiven Kapitals und seiner Ansprüche zu vermeiden. Die Kosten der Krise wurden mit einer verstärkten Austeritätspolitik, vor allem in der europäischen Peripherie, auf die breite Maße der Lohnabhängigen abgewälzt. Nicht überraschend setzte das Kapital auch in der Klimapolitik weitgehend auf marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel, der letztlich aber auf eine Erweiterung des Reichs der Finanzansprüche, der Renten- und Zinserträge hinauslief (Zeller 2010a).

Die gegenwärtige Krise, die sich bereits vor einiger Zeit andeutete und durch die Covid-19-Pandemie eine außerordentliche Tiefe und Hartnäckigkeit angenommen hat, zeigt die Grenzen der Akkumulationsdynamik in aller Schärfe. Der russische Besatzungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung, die daraufhin beschlossenen Wirtschaftssanktionen

und die durch Russland gestoppten Gaslieferungen in einige europäische Ländern verschärfen die Krise und verleihen ihr eine besondere Dynamik. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung auf globaler Ebene paart sich mit tiefen gesellschaftlichen Krisen. Erneut reagieren Regierungen und Konzernleitungen auf die Krise, indem sie die gemäß der kapitalistischen Logik eigentlich anstehende Kapitalentwertung hinauszögern und abfedern. Die Regierungen greifen abermals großen Konzernen mit Kapitalbeteiligungen und Krediten unter die Arme und treiben damit die Staatsverschuldung in die Höhe. Auf diese Weise tragen sie zur Steigerung der Finanzguthaben der Investmentfonds bei. Die Staaten leihen sich im großen Stil bei jenen Akteuren Geld, die sie eigentlich stärker besteuern müssten, um die Verschuldung in Grenzen zu halten. Mit der zusätzlichen, bislang unvorstellbaren Aufblähung der Staatsverschuldung stützen sie Konzerne des fossilistischen Kapitals, nicht zuletzt Fluggesellschaften, Flugzeugbauer und die Automobilindustrie. Damit bekräftigen sie einmal mehr, dass sie die Klimaerhitzung als nachrangiges Problem ansehen.

Die Notenbanken betrieben jahrelang eine expansive Geldpolitik und mit niedrigen Zinssätzen, in der Hoffnung, damit die Unternehmen zur Kreditaufnahme und Investitionstätigkeit anzuregen. Um die 2021 einsetzende und sich rasch verstärkende Inflation zu bekämpfen, haben sie unterdessen das Steuer rumgerissen und die Zinssätze schrittweise erhöht. Da sich allerdings die Profitraten und Absatzmärkte angesichts der Krise nur ungenügend entwickeln, zögern die Unternehmen zu investieren. Die Hypothese einer langanhaltenden Stagnationsphase ist plausibel.

Nichts deutet darauf hin, dass die kapitalistischen Gesellschaften in den nächsten Jahren wieder zu einer stabilen Entwicklung zurückfinden. Das Kapital und seine Interessensvertreter stehen vor der Frage, wie sich die Profitabilität des Kapitals wieder steigern und dabei gleichzeitig neue Märkte erschließen lassen und zwar in einem Maße, dass das Kapital wieder genügend Anreize hat, die Investitionen stark ausweiten. Darum ist zu erwarten, dass das Kapital mit umfassenden industriellen Restrukturierungen auf Kosten der Lohnabhängigen, der reproduktiv Arbeitenden und der Natur reagieren wird, um seinen endlosen Hunger nach Mehrwert zu stillen. Solange die Profite nicht steigen und neue Absatzmärkte erschlossen werden können, werden die Investitionen nicht das erforderliche Maß annehmen, um eine neue Wachstumsphase einzuleiten (Husson 2021).

Doch so groß die eigenen Widersprüche auch sein mögen, die kapitalistische Produktionsweise wird daran nicht zusammenbrechen (Harvey

2014). Sofern die Lohnabhängigen keinen Widerstand leisten und eine glaubwürdige gesellschaftliche Alternative durchsetzen, wird sich die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise anpassen, dabei allerdings auf immer barbarischere Herrschaftsmechanismen zurückgreifen. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur noch fortbestehen, indem sie einer zunehmend größeren Zahl von Menschen die Chancen auf Selbstverwirklichung entzieht, deren Lebensbedingungen verschlechtert oder gar deren unmittelbare physische Existenz infrage stellt und schließlich den Planeten im Anthropozän in eine lebensfeindliche Konfiguration treibt.

2.3 Gesellschaftlicher Stoffwechsel mit der Natur und planetare Grenzen im Anthropozän

Zu den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, die eine erneute Phase der Prosperität unwahrscheinlich und eine ökologisch verträglichen Entwicklung unmöglich machen, kommen die planetaren Grenzen des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur hinzu (vgl. Mahnkopf 2014, 2020).

Die kapitalistische Produktionsweise setzte sich auf der Grundlage fossiler Brennstoffe durch. Auch die weitere Entwicklung basierte auf der Extraktion von Kohle, Öl und Gas (Altwater 2010: 138f; Malm 2016: 11f, 16). Die Verbindung zwischen kapitalistischer Akkumulation und fossilen Energieträgern hat sich seither nicht gelockert. Die zur Beschränkung der Erderhitzung erforderliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen würde zwangsläufig zur raschen Entwertung riesiger, mit den fossilen Energieträgern verbundenen Kapitalmengen führen. Für die Energiekonzerne stellen ihre Reserven von Kohle, Öl und Gas Kapital dar, das sie profitabel verwerten wollen. Auf dieses Kapital werden sie freiwillig nicht verzichten. Darum widersetzen sich die wichtigsten Sektoren des Kapitals dieser Entwertung mit aller Kraft. Weil die fossilen Treibstoffe in alle Aspekte unseres Alltagslebens eingewoben sind, ist die erforderliche Defossilisierung eine umfassende gesellschaftliche Aufgabe. Diese tiefe Verwobenheit der kapitalistischen Produktionsweise mit fossilen Energieträgern macht es sinnvoll etwas grundsätzlicher auf den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur einzugehen.

Die kapitalistische Produktionsweise praktiziert einen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur, der dazu drängt, die planetaren Grenzen zu missachten (Angus 2019). Die ›Tretmühle‹ der Akkumulation mündet in eine planetare Überbelastung und zu einem »allumfassenden

Riss in der menschlichen Beziehung mit der Natur« (Foster, et al. 2010: 17f, 47). Dieser ökologische Riss ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Risses: der Herrschaft von Menschen über Menschen (Marx 1894: 821). Foster, Clark und York argumentieren, dass die Analyse des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur den Schlüssel biete, um die Herausforderung der planetaren Grenzen zu verstehen (Foster, et al. 2010: 46). Die mit den Zerstörungen einhergehenden Katastrophen gefährden das physische Überleben von Millionen von Menschen und stellen die Reproduktion ganzer Gesellschaften infrage (Chesnais und Serfati 2004). In diesem Stoffwechsel kommt auch der ökologische Imperialismus zum Ausdruck, der durch Extraktion von »Ressourcen« und die Erschließung von »Senken« Zerstörungen der Umwelt auf die dominierten und abhängigen Länder abwälzt (Foster, et al. 2010: 345 ff, 370). Auch der Verlauf der Corona-Pandemie ist in die imperialistisch strukturierte Arbeitsteilung einzuordnen. Aufgrund der fehlenden Infrastruktur, der prekären Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung und der verbrecherischen Verteidigung der intellektuellen Eigentumsmonopole bei den Impfstoffen durch die politischen Eliten hat die Ausbreitung der Covid-19-Erkrankungen bereits zur Auslöschung von Millionen von Menschen in Lateinamerika, Afrika und armen asiatischen Ländern geführt, ohne dass ein rasches Ende dieser Barbarei in Sicht ist.

Der Mensch ist Teil der Natur. Darum ist die Gesundheit des Menschen ein zentrales ökologisches Problem. Die Corona-Pandemie hat eine umfassende Gesundheitskrise offengelegt. Die Pandemie wirft auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit der Natur auf. Das Überspringen von Viren auf den Menschen wird durch die industrielle Landwirtschaft und das Vordringen in bislang wenig erschlossene Lebensräume von Tieren zunehmend wahrscheinlicher. Zugleich erweisen sich Fleischfabriken mit ihren prekären Arbeitsbedingungen in vielen Ländern als regelrechte Infektionsherde. Die Pandemie zeigt, wie sehr die gesellschaftlichen Verhältnisse mit der Natur gestört sind.

Karl Marx begriff den *Arbeitsprozess* als die Triebkraft der Stoffwechselinteraktion (Marx 1867: 192). Entscheidend für das Verständnis des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur ist, dass der Mensch durch seine konkrete Arbeit im Produktionsprozess diesen Stoffwechsel praktiziert. Dabei ist es unerheblich, ob die dabei erzeugten Waren materiell oder immateriell sind: Auch scheinbar immaterielle Dienstleistungen und Produkte wie Software verschlingen Naturstoff und Energie.

Das Verständnis des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur durch Arbeit beruht auf der Auffassung, dass der Mensch durch Arbeit

seine Existenzbedingungen herstellt und laufend verändert. In diesem Sinne ist die Arbeit eine anthropologische Konstante, sie nimmt allerdings je nach der Form der notwendigen Existenzsicherung einen spezifischen gesellschaftlichen und historischen Charakter an. Harribey schreibt dazu: »Arbeit ist sowohl Faktor sozialer Integration als auch Faktor der Entfremdung«(Harribey 2011: 27).

Neben der Erderhitzung haben auch der Verlust der Biodiversität, die Versauerung der Ozeane, Landnutzungsänderungen durch Abholzung sowie der Stickstoff- und Phosphoreintrag in die Biosphäre und Atmosphäre die Grenzen der Tragfähigkeit erreicht oder gar überschritten (Rockström, et al. 2009; Steffen, et al. 2015). Die durch die kapitalistische Industrialisierung verursachten Veränderungen haben die Erde in eine erdgeschichtliche Epoche geführt, die namhafte Naturwissenschaftler:innen als *Anthropozän* bezeichnen. Die stabile Phase des Holozäns, die nach der letzten Eiszeit einsetzte und rund 11.700 Jahre dauerte, ist vorbei. Doch genau die lebensfreundliche Klimakonfiguration des Holozäns ermöglichte erst die Entwicklung der menschlichen Zivilisation, wie wir sie kennen. Der Übergang in die neue geologische Epoche des Anthropozäns, die sich ihrerseits weiterhin auf unvorhersehbare und gefährliche Weise verändert, stellt die menschliche Gesellschaft vor eine unermessliche Herausforderung, deren Tragweite noch kaum abzuschätzen ist. Die Fülle der durch die kapitalistische Akkumulationsdynamik ausgelösten Veränderungen des Erdsystems bewirkten einen qualitativen Bruch. Darum ist das Anthropozän nicht nur ein biophysisches Phänomen, sondern auch ein sozial-ökologische Herausforderung. Die kapitalistische Industrialisierung eröffnete einen Prozess, der schließlich mit der Mitte des 20. Jahrhunderts in Gang gesetzten ›Großen Beschleunigung‹ dazu führte, dass der Planet Erde in das neue geologische Zeitalter des *Anthropozäns* trat (Angus 2020).

Die Erderhitzung ist die offensichtliche ökologische Herausforderung unserer Zeit. Das Budget der Treibhausgasemissionen ist in den imperialistischen Ländern, die historisch Hauptverantwortung für die Treibhausgas-emissionen tragen, aufgebraucht. Wenn sich die Temperatur noch etwas mehr erhöht, drohen Kipppunkte erreicht zu werden, die eine verhängnisvolle Eigendynamik auslösen und die Erderhitzung zusätzlich antreiben. Eine derartige Kaskade von sich gegenseitig verstärkenden Mechanismen führt dazu, dass sich die Erde zu einem heißen Planeten entwickelt, der für die gegenwärtigen menschlichen Gesellschaften und für viele weitere Arten nur noch eingeschränkt bewohnbar ist (Steffen, et al., 2018). Die umfassende ökologische Krise ist Ausdruck des Wi-

derspruchs zwischen den planetaren Grenzen des Wachstums und der endlosen Akkumulationsdynamik des Kapitals (Mahnkopf 2014; Harvey 2014; Chesnais 2016).

Seit das Finanzkapital ab den späten 1970er-Jahren zunehmend das Kommando über die Prozesse der Kapitalakkumulation – also die Produktion und Bereitstellung von Infrastruktur sowie, durch die private Verschuldung, sogar über den Konsum – übernommen hat, schreiten die Ausbeutung der Arbeit und die Plünderung der Natur weltweit noch schrankenloser voran (Chesnais 2016). Auch die Digitalisierung der Ökonomie geht nicht mit einer Defossilisierung einher, denn auch sie erfordert eine energetische Grundlage. Die Treibhausgasemissionen steigen weiter an.

Das Kapital trachtet systematisch danach, die Natur zu kolonisieren. Als Antwort auf die Zerstörung der Natur gibt es vermehrt Bestrebungen auch die Natur beziehungsweise sogenannte „Dienstleistungen“ der Natur als Kapital zu betrachten. Voraussetzung dafür ist allerdings, die „Dienstleistungen“ in vergleichbare Einheiten zu zerstückeln, um sie zu messen und schließlich zu bewerten. Die Bewertung soll durch den Markt geschehen. Die oberflächliche Begründung: Was nichts wert ist, wird nicht geschützt. Diese erweiterte Stufe der Kolonisierung der Natur dient nicht dem Schutz von Ökosystemen, sondern schafft vielmehr eine neue Anlageklasse. Sie bietet dem Finanzkapital – organisiert in Banken, Fonds, Altersvorsorgekassen, großen Unternehmen aller Art und vermögenden Individuen – eine neue Möglichkeit, Erträge in Form von Zinsen und Renten zu erzielen (Zeller 2010a).

Die neue Form der Inwertsetzung der Natur wird dazu führen, dass Investor:innen noch mehr Möglichkeiten erhalten, Gewinnpotentiale und Risiken gegeneinander abzuwägen. Das bedeutet allerdings auch, dass sie noch umfassender vergleichen können, ob sich bestimmte Maßnahmen zum Schutze der Menschen und der Umwelt lohnen, zu viel kosten oder ob es sich lohnt, Bereiche der Natur weiterhin zu zerstören, andere dafür zu schützen. Besonders attraktiv an dieser Kolonisierung und Inwertsetzung der Natur ist, dass es dem Kapital gelingt, die Kosten für die profitable Verwertung der Natur auf die Lohnabhängigen und die Armen hier in den reichen imperialistischen Ländern und vor allem in den abhängigen und dominierten Ländern abzuwälzen. Die Kolonisierung der Natur ist also auch ein Aspekt des Klassenkampfes.

Die Zentralität der Arbeit und somit auch der Arbeitsprozesse, Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit und Arbeitsinhalte im gesamten Prozess der Produktion und Reproduktion und somit auch

im gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur ist der entscheidende Aspekt einer ökosozialistischen Perspektive. Das betone ich hier ausdrücklich. Denn in weiten Teilen der Klimabewegung und im öffentlichen Diskurs dominieren individualistische Vorstellungen des Konsumverzichts und marktwirtschaftliche Vorschläge. Auch die Gewerkschaften waren bislang nicht in der Lage, den Kampf für gute Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen als zentrale ökologische Herausforderung zu anerkennen. Radikale Anhänger:innen des Postwachstums oder von Degrowth-Perspektiven plädieren für alternative Modelle solidarischen Wirtschaftens. Andere setzen gar auf den Staat und erwarten von ihm als Gesetzgeber konsequente Schritte. So unterschiedlich diese Positionen auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen, dass sie den Charakter und die Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit und den produktiven Apparat nicht antasten. Diese Selbstbeschränkung ist zu überwinden. Um den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur durch Arbeit ökologisch und gerecht zu organisieren, muss die Produktion komplett um- und teilweise rückgebaut sowie die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gerecht verteilt werden.

3. Green New Deal als Schritt zur Modernisierung oder Transformation¹

3.1 Green New Deal als Projekt für einen Kurswechsel

Die Vorstellung einer ökologisch verträglichen kapitalistischen Entwicklung wurde seit den 1970er Jahren in unterschiedlichen Ausprägungen wiederholt in die politische Debatte gebracht. Grüne, sozialdemokratische, liberale und konservative Kräfte sprechen sich seit längerer Zeit für ein ökologisch verträgliches Wachstumsmodell, beziehungsweise eine grüne Modernisierung der sogenannten Marktwirtschaft aus. Seit den späten 1980er Jahren haben verschiedene Kräfte in Deutschland Vorstellungen einer sozial-ökologischen Reformpolitik mit dem Begriff des *Green New Deals* auf jeweils unterschiedliche Weise zusammengefasst. Sozial-ökologische Strömungen in der SPD und in den Grünen wollten Umverteilung und eine Ökologisierung der Wirtschaft miteinander verbinden und auf diese Weise ein strategisches Bündnis herstellen. Im Zuge der Anpassung an die neoliberale Hegemonie verwendeten die Grünen

1 Die Ausführungen im Abschnitt 3 übernehmen weitgehend meine in der Zeitschrift *Prokla* publizierte Kritik am Green New Deal (Zeller 2021).

den Green New Deal im Sinne einer grünen Modernisierung des Kapitalismus (Brüggen 2001: 1063).

Mit der Entstehung der Klimabewegung und im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 nahm die Diskussion Fahrt auf. Grüne Parteien in Europa nahmen den Begriff Green New Deal in ihre Programme auf und meinten damit allerdings nicht eine Transformation über den Kapitalismus hinaus, sondern dessen ökologisch verträgliche Modernisierung (The Green European Foundation 2009; Adler und Schachtschneider 2010: 117, 133). AutorInnen, die für eine radikalere sozial-ökologischen Transformation oder gar eine antikapitalistischen Perspektive eintraten, kritisierten diese Vorschläge für einen Green New Deal als Versuch, die ökologischen Anliegen als Wachstumstreiber einzusetzen und damit eine neue Akkumulationskonfiguration durchzusetzen (Brand 2009; Kaufmann und Müller 2009; Altvater 2011).

In Großbritannien veröffentlichte die Green New Deal Group um Caroline Lucas (Grüne Abgeordnete 1999-2010 des Europaparlaments und ab 2010 des Unterhauses) und die postkeynesianische Ökonomin Ann Pettifor 2008 einen Plan, um die Finanz-, Klima- und Energiekrise gleichermaßen zu bekämpfen (Pettifor 2020: 19). Das United Nations Environment Programm (UNEP) machte sich zur Fürsprecherin einer grünen Ökonomie und plädierte dafür, dass ein *Green New Deal* eines globalen Programms bedarf. Allerdings verblieben die konkreten wirtschafts- und umweltpolitischen Programmpunkte in einer Modernisierungsperspektive, ohne die strukturellen Gründe für die global ungleiche Entwicklung und die ungleichen ökologischen Belastungen anzusprechen (Barbier 2010).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Eurokrise, die Staatsverschuldung, die europäische Krise in Griechenland, die Revolutionen, Konterrevolutionen und Kriege im Mittleren Osten und die Auseinandersetzungen um das Migrationsregime verdrängten in den Folgejahren die Erderhitzung wieder aus den politischen Auseinandersetzungen. Doch es mehrten sich Forschungsergebnisse, die zum Handeln drängten. Häufigere Wetterextreme mit großen Zerstörungswirkungen rufen bei Millionen von Menschen überall auf der Welt die Wirkungen der Erderhitzung ins Bewusstsein. Doch wie ein Jahrzehnt zuvor vermochte die Klimabewegung das Kräfteverhältnis noch nicht wirklich zu verändern.

Die Vorschläge von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in den USA sowie von Jeremy Corbyn in seinem Wahlprogramm 2019 in Großbritannien verliehen den Debatten über einen Green New Deal neuen Schwung und strahlten auch international aus. Naomi Klein (2019) po-

pularisierte mit ihrem in mehrere Sprachen übersetzten Buch den Green New Deal international. Die Impulse aus den USA und Großbritannien aufgreifend, forderte die europäische Linkspartei in ihrem Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament ebenfalls einen *Green New Deal*. Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag beschloss Ende Januar 2020 einen umfassenden Aktionsplan für Klimagerechtigkeit, der auch einen Investitionspakt im Rahmen eines Green New Deals fordert, um einen sozialverträglichen industriellen Umbau in die Wege zu leiten (Linke 2020: 15).

3.2 Grundlegende Fragen für einen Green New Deal

Jeder *Green New Deal*, der die kapitalistische Produktionsweise mit einer ökologisch verträglichen gesellschaftlichen Entwicklung versöhnen will, steht vor zwei grundlegenden Herausforderungen.

Erstens stellt sich Frage, ob die ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleich Entwicklungsweise, die durch einen *Green New Deal* realisiert werden soll, überhaupt ein schlüssiges und konsistentes Entwicklungsmodell anbietet? Das heißt, kann eine derartige Konfiguration die kapitalistischen Widersprüche soweit kleinarbeiten, dass sie mehrere Jahrzehnte überdauern kann? Konkreter: Können die neuen „grünen“ Sektoren der Wirtschaft eine Profitrate ermöglichen, die so hoch ist, dass Kapital in genügendem Maße von den fossilen und anderen nicht nachhaltigen Sektoren in die ökologisch verträglichen Bereiche der Wirtschaft fließt und gleichzeitig die gesamtgesellschaftliche Nachfrage so hoch ist, dass der Mehrwert realisiert werden kann und die Unternehmen somit weiterhin ausreichend investieren wollen. Bislang deutet wenig darauf hin, dass die Umwandlung erneuerbarer Energien, ressourcensparende Produktionsmethoden und überhaupt die Produktion von weniger Waren überdurchschnittliche Profitraten zulässt. Ganz im Gegenteil, das Kapital ist äußerst zurückhaltend, sich in diesen Sektoren zu engagieren.

Zweitens stellt sich die Frage, ob ein *Green New Deal* überhaupt ermöglichen kann, die Erderhitzung auf 1,5° C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen? Führt der *Green New Deal* zu einer vollständigen Entfossilisierung der Gesellschaften bis Mitte dieses Jahrhunderts? Allerdings ist dieses Ziel bereits Ausdruck einer Verengung der ökologischen Herausforderung. Die Autor:innen der GND-Vorschläge stellen die anderen brennenden ökologischen Herausforderungen des Anthropozäns, die allesamt mit großen sozialen Problemen verbunden sind, implizit und manchmal auch explizit hintenan. Doch auch diese Herausforderungen

können nicht weitere Jahrzehnte bis zum Kurswechsel warten. Es macht ökologisch und gesellschaftlich keinen Sinn, zuerst das Klima retten zu wollen, um dann anschließend, drei, vier Jahrzehnte später die anderen ökologischen Herausforderungen anzupacken. Schließlich sind die genannten ökologischen Herausforderungen nicht isoliert voneinander zu verstehen und anzupacken, sondern in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit. Damit ist die Frage verbunden, inwiefern die andauernde Akkumulation von Kapital, die sich auch im Wachstum des PIB äußert, überhaupt eine absolute Ressourceneffizienz und eine Entkoppelung vom Energieverbrauch zulässt. Die entscheidende ökologische Frage lautet, ob trotz Wirtschaftswachstum, nicht nur relativ zum gestiegenen Output immer weniger Energie und andere Ressourcen eingesetzt werden müssen, sondern sich der Ressourceneinsatz absolut reduzieren lässt. Bislang gibt es keine Anhaltspunkte, dass dies möglich ist. Der Rebound-Effekt durch erhöhte Produktionsmenge, größere Produkte und vermehrten Konsum überwiegt die Effizienzgewinne (Santarius 2015). Bisherige ökonomische Studien, die diese absolute Entkoppelung für möglich erachten, beschränkten sich auf einzelne Länder oder Sektoren. Das Problem ist aber im Weltmaßstab zu denken, um Verlagerungsprozesse einzubeziehen.

3.3 Beurteilungsschema der Vorschläge für einen Green New Deal

Um diese Fragen zu beantworten, beurteile ich die bekannten in den Jahren 2019 und 2020 veröffentlichten Vorstöße für einen Green New Deal anhand eines Kriterienkatalogs, den ich hier kurz begründe. Auf dieser Grundlage prüfe ich die innere Konsistenz und Plausibilität der verschiedenen Programme.

Ziele

Alle Varianten von Green New Deals verbinden ökologische und gesellschaftliche Ziele. Die meisten beanspruchen, mit ihrem Programm bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität und eine weniger ungleiche Gesellschaft erreichen zu können. Dennoch unterscheiden sie sich bei der genaueren Ausprägung dieser Ziele. Schließlich gilt es die Green New Deals an ihren eigenen Ansprüchen zu messen.

Gesamtwirtschaftliche Kohärenz

Sowohl in einer keynesianischen, regulationstheoretischen als auch marxistischen Perspektive ist die Sicherstellung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage eine der grundlegenden Herausforderungen. Einfach gesagt, ist die Kohärenz eines Entwicklungsmodells davon abhängig, dass das,

was produziert wird, schließlich auch verkauft wird. Der produzierte Mehrwert ergibt keinen Sinn, wenn er nicht realisiert wird.

Unternehmen streben danach Profite zu erwirtschaften. Profitabilität ist die Voraussetzung um Kapital anzuziehen und weitere Investitionen zu tätigen. Die Profitabilität ist wiederum ein synthetischer Ausdruck zahlreicher weiterer Variablen wie Preise der Arbeitskräfte, Vorprodukte, Produktionsmittel, Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals, der Produktivität (Mehrwerttrate) und der Kapitalintensität (organische Zusammensetzung des Kapitals). Es besteht ein Zusammenhang zwischen Profiten und Investitionen, obwohl sich dieser seit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes gelockert hat (Durand und Gueuder 2018). Welche Aussagen die GND-Programme zur Profitabilität beinhalten, ist demnach zentral, um sie in Bezug auf die Kohärenz einer postneoliberalen Entwicklungsweise zu überprüfen.

Die Finanzierung jedes GND hat zumindest zwei Dimensionen: die schulden- und steuerfinanzierten Mittel des Staates und die Finanzierung der unternehmerischen Investitionen durch diese selbst bzw. vermittelt über deren Verschuldung.

Geographische Maßstäbe und Einbindung in die internationale Arbeitsteilung

Die geographische Aussagereichweite und die Position zur der Einbindung des Landes in die internationale Arbeitsteilung sind wichtige Aspekte, um die Zielvorstellungen und die Schlüssigkeit eines Green New Deal Vorschlags zu beurteilen.

Akteure und politische Durchsetzung

Wie und durch wen soll ein Green New Deal durchgesetzt werden? Welches Verständnis haben die Autor:innen über die Rolle der Akteure sowie der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen ihnen? Um diese Fragen zu beantworten, prüfe ich, welche Rolle die GND-Vorschläge den Unternehmen bzw. einzelnen Kapitalfraktionen, den Lohnabhängigen und den sozialen Bewegungen sowie dem Staat beimessen.

Trotz aller Vielfalt der Programme für einen Green New Deal, lassen sie sich in zwei Gruppen einteilen: die Modernisierung und die sozial-ökologische Reformierung des Kapitalismus. Die zweite Gruppe enthält auch Vorschläge, die den Green New Deal als Einstieg in eine, allerdings nicht näher bestimmte, weitergehende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft konzipieren. Alle Modelle verbleiben ihm Rahmen

der kapitalistischen Eigentumsordnung, Akkumulationslogik und Konkurrenz. Auch die stärker reformorientierten und eher wachstumskritischen GND-Modelle akzeptieren den Rahmen und die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft.

3.4 Kapitalistische Modernisierung

Der von der EU Kommission eingebrachte *European Green Deal* (European Commission 2019; Europäische Kommission 2020; EU 2020) und Jeremy Rifkins (2019) *Global Green New Deal* zielen auf eine „grüne“ Modernisierung des Kapitalismus. Beide Modernisierungsvorstellungen gehen davon aus, dass es weder grundsätzliche gesellschaftliche und ökonomische Widersprüche noch einen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den Wirkungsmechanismen des Erdsystems und der Ökosysteme gibt. Demzufolge sei es möglich, das wirtschaftliche Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch absolut abzukoppeln, also die Kapitalakkumulation voranzutreiben, und dabei sogar den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken.

Jeremy Rifkin bezeichnet seinen *Global Green New Deal* ganz unbescheiden als die globale Lösungsperspektive um die Weltkatastrophe abzuwenden. Die gleichzeitige Herausbildung der Kohlenstoffblase an den Finanzmärkten und einer Bürger:innenbewegung für einen globalen *Green New Deal* eröffne die Möglichkeit einen umfassenden infrastrukturellen Wandel hin zu einer nahezu kohlenstofffreien ökologischen Gesellschaft in den nächsten zwanzig Jahren durchzusetzen (Rifkin 2019: 28). Rifkin sieht im Finanzsektor die rettende Instanz, der die Transformation der Wirtschaft einleiten könne. Der Preisverfall bei den erneuerbaren Energien Wind und Sonne werde über alle Branchen hinweg zu „gestrandeten Anlagewerten“ führen. Der fossile Sektor müsse mit enormen gestrandeten Anlagewerten in der Höhe von 100 Billionen USD rechnen. Diese Kohlenstoffblase verspreche die größte ökonomische Blase aller Zeiten zu werden (Rifkin 2019: 26). Bis etwa im Jahr 2028 werde ein *point of no return* erreicht sein. Dann werde die Kohlenstoffblase platzen. Die Finanzinvestoren hätten das finanzkapitalistische Momentum erkannt. Unter der Führung der Pensionskassen begännen diese im großen Stile ihr Kapital in erneuerbaren Energien anzulegen. Die Pensionsfonds nähmen mit ihrem Investitionspool von 41,3 Billionen USD (Stand 2017) bei diesem Kurswechsel eine zentrale Rolle ein. Diese Mittel seien durch die Gewerkschaften zu verwalten, die damit eine grüne Infrastrukturrevolution einleiten könnten (Rifkin 2019: 165 ff).

Die grüne digitale Revolution bewirke, dass die Märkte zu träge würden. Die Unternehmen der *Sharing Economy* wie Musik- oder Fahr dienstanbieter antworteten auf diese Herausforderung, indem sie die Nutzungsrechte verkauften. Auch die Einspeisung von Strom durch dezentrale Solar- und Windstromanlagen erfolge zu nahe null Grenzkosten. Die gemeinsame Nutzung virtueller und physischer Güter sei „Eckpfeiler einer sich herausbildenden Kreislaufwirtschaft“. Die Menschen könnten Ressourcen, die sie nicht brauchten, an andere weitergeben. Der auf eine „smarte Infrastruktur“ gestützt Ko-Konsum sei das zentrale Kennzeichen des global Green New Deal. Rifkin geht noch einen Schritt weiter und meint: „So gesehen ist der Ko-Konsum das erste neue Wirtschaftssystem auf der ökonomischen Weltbühne seit dem Auftritt von Kapitalismus und Sozialismus im 18. und 19. Jahrhundert.“ (Rifkin 2019: 36 ff) Andererseits gesteht er aber ein, dass dieser Prozess nicht von alleine ablaufe. Die Staaten müssten den dringenden Umbau des Energiesystems und wirtschaftlichen Strukturwandel durch eine Erneuerung der hierfür erforderlichen Infrastruktur vorantreiben.

Mit einer antikapitalistischen Perspektive hat Rifkins apologetische Skizze der heranziehenden Gesellschaft nichts zu tun. Schwammig und schwülstig argumentiert er, dass die neue Infrastruktur durch öffentlich-private Partnerschaften entstehe. Sie bedürfe „einer gesunden sozialen Marktwirtschaft, die Staat, Industrie und Zivilgesellschaft auf jeder Ebene mit dem angemessenen Mix von öffentlichem, privatem und sozialem Kapital zusammenbringt (Rifkin 2019: 50).

Rifkin stützt sich auf Prämissen der neoklassischen Ökonomik und erliegt darüber hinaus einem technologischen Determinismus. Er argumentiert, dass die Kennzeichen des von ihm als dritte industrielle Revolution gekennzeichneten technologischen Wandels es erlauben werden, die fossilen Sektoren gewissermaßen überflüssig zu machen und zu verdrängen. Rifkin knüpft rhetorisch an den historischen Green New Deal von Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren an und bezieht sich explizit auf Aktivitäten von grünen NGOs und Mobilisierungen der Klimabewegung.

Mit dem am 11. Dezember 2019 vorgestellten *Europäischen Grünen Deal* beansprucht die EU-Kommission auf den Klimawandel und das Artensterben zu antworten. „Es handelt sich um eine neue Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von

der Ressourcennutzung abgekoppelt ist (Europäische Kommission 2020: 2; vgl. Finanzierungsprogramm European Commission 2020). Zentrales Ziel herbei ist die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Konzerne auf den wachsenden Märkten für nachhaltige und grüne Technologien. Europa müsse die Wirkkraft des Binnenmarktes als Hebel nutzen, um globale Standards zu setzen.

Vordringliches Ziel der EU ist die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsposition der europäischen Konzerne. Die EU Kommission postuliert – kompatibel zur neoklassischen Ökonomik und mit dem neoliberalen Dogma –, dass über eine Ausweitung der Marktprozesse, beispielsweise durch das Emissionshandelssystem, und durch die Internalisierung von Umweltschäden (sofern diese überhaupt messbar sind), sich eine grüne Wirtschaft erreichen lasse.

Am 17. September 2020 stellte die EU Kommission den Klimazielplan für 2030 vor. Sie erhöhte das Ziel der Reduktion der Treibhausgasemission bis 2030 auf mindestens 55 % gegenüber dem Niveau von 1990. Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen auf Netto Null gedrückt werden, bei einem gleichzeitig kontinuierlichen Wirtschaftswachstum etwa in derselben Höhe wie seit der Jahrhundertwende.

Die EU-Kommission will das Risiko eines Kohlenstoff-Lock-in vermeiden und die europäischen Konzerne zu Wegbereitern des Strukturwandels machen. Die Investitionen zur Einhaltung der Klimaziele würden das Wirtschaftswachstum gerade in Situationen anfeuern, wenn die Wirtschaft unterhalb der Kapazitäten laufe. Die Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung könnten dazu beitragen, die Steuern auf Arbeit zu reduzieren, was eine positive Wirkung auf die Beschäftigung habe. Die Verbesserung der Versorgungssicherheit mit Energie würde die Importbelastungen der EU um EUR 100 Milliarden in der Periode 2021–2030 und bis zu EUR 3 Billionen bis 2050 entlasten (EU 2020: 6). Bis 2030 solle sich der Anteil der erneuerbaren Stromproduktion sich von 32 % auf 65 % erhöhen. Im Verkehrssektor solle der Anteil der erneuerbaren Energien gar von 6 % auf 24 % erhöht werden. Hierzu sollen rund eine Million Aufladestationen für Elektroautos bis 2030 aufgestellt werden. Bis 2050 sollen nahezu alle Autos „Nullemissionsfahrzeuge“ sein (EU 2020: 8, 21).

Die Ausdehnung des Emissionshandels bleibt eine zentrale Säule der EU Politik. Bis 2030 solle der Verbrauch von Kohle gegenüber 2015 um mindestens 70 %, von Öl um mindestens 30 % und von Gas um mindestens 25 % reduziert werden. Die erneuerbaren Energien würden stattdessen ihren Anteil beim Endverbrauch auf um die 40 % steigern. Ohne

die Steigerung der Kohlenstoffsenkenkapazität durch eine entsprechende Landnutzung und die Entwicklung von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und Speicherung sei das Ziel von Netto-Null Emissionen nicht zu erreichbar (EU 2020: 9, 10, 12, 14).

Dieses Programm ist allerdings nur dann stimmig, wenn die Ausbeutung der Arbeit und der Raubbau an der Natur gesteigert werden. Da der Ausbau erneuerbarer Energie ausgesprochen rohstoffintensiv ist, muss das Kapital alles daransetzen, die erforderlichen Rohstoffe mit möglichst geringen Kosten zu erschließen, was die imperialistische Dominanz gegenüber den rohstoffexportierenden Ländern voraussetzt.

3.5 Sozial-ökologische Reformperspektive

Die auf eine sozial-ökologische Reform zielenden Varianten eines *Green New Deal* orientieren sich mehr oder weniger deutlich am historischen Vorbild des Green New Deal (Adler, et al. 2019; Aronoff, et al. 2019; Chomsky und Pollin 2020; EuroMemo Group 2020; Pettifor 2020; Pollin 2020; Riexinger 2020; Sanders 2019). Alle diese Varianten für einen Green New Deal streben nach einem neuen postneoliberalen und postfinanzdominierten Akkumulationsregime der kapitalistischen Produktionsweise. Dieses soll es möglich machen, bis 2050 die Treibhausgasemissionen bis zur Klimaneutralität und die massive soziale Ungleichheit gleichermaßen zu reduzieren.

Ziele der Green New Deals

Der keynesianische Ökonom Heiner Flassbeck legt kein Programm für einen Green New Deal vor. Er fokussiert seine Argumentation auf die Preise der fossilen Energieträger (Flassbeck 2020). Ausdrücklich betont er, dass die kapitalistischen Marktwirtschaften am ehesten in der Lage seien, die enormen Anpassungsleistungen vorzunehmen. Doch im Unterschied zu den reinen Modernisierungsbefürworter:innen hält er fest, dass man die Preisbildung für fossile Treibstoffe nicht den „Marktesetzen“ überlassen dürfe. Die einzig realistische Perspektive, um die Treibhausgasemissionen genügend zu senken, sei es, dass die Staaten im Zuge eines internationalen Verhandlungsprozesses diese Preise für fossile Treibstoffe weltweit einheitlich festsetzen und zwar so, dass diese gemäß einem klaren und transparenten Schema kontinuierlich ansteigen.

Die Autor:innen der sozial-ökologischen GNDs definieren ihre Ziele unterschiedlich konkret. Politisch am konkretesten ist der Plan von Bernie Sanders. Er sieht eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen in den

USA um mindestens 71 % und in den armen Ländern um 36 % bis zum Jahr 2030, 100 % Strom aus erneuerbaren Energiequellen und die Schaffung von 20 Millionen Jobs vor (Sanders 2019). Der von der neuen politischen Formation DiEM25 eingebrachte *Green New Deal for Europe* ist ebenfalls eine ganz unmittelbare politische Intervention und richtet sich direkt an die EU (Adler, et al. 2019). Dieser Plan, den auch Ann Pettifor unterstützt, will die Wirtschaft in Europa in einer umweltgerechten, dekarbonisierten und solidarischen Perspektive umbauen. Die detaillierten Vorschläge beinhalten ein Green Public Works Investitionsprogramm, ein umfassendes Gesetzespaket für eine Europäische Umweltunion und eine Kommission, die die EU-Politik überwachen soll. Die Autor:innen betonen ausdrücklich, dass dieser Plan nur durch breiten und massiven Druck durch Basisbewegungen eine Realisierungschance hat. Die Euro-Memo Group (2020) konzipiert ihre Vorschläge als indirekten Gegenvorschlag des European Green Deals der EU Kommission. Ihre Vorschläge unterscheiden sich nicht grundsätzlich von jenen von DiEM25, argumentierten aber deutlich weniger politisch im Sinnes des Aufbaus einer Bewegung.

Die postkeynesianische Ökonomin Pettifor (2020) stellte im Unterschied zu andern Autor:innen die Architektur des Finanzsystems in den Vordergrund und setzt dabei ausdrücklich auf die Nationalstaaten. Diese müssten die Kontrolle über die Finanzmärkte und des Geldes erlangen. Mit ihrem durch die Arbeiten von Herman Daly inspirierten Plädoyer für eine stationäre Wirtschaft, stellt sie als einzige Fürsprecherin eines Green New Deals die Wachstumsfrage.

Auch Robert Pollin und Noam Chomsky greifen mit ihren Vorschlägen direkt in die politische Debatte ein (Pollin 2020; Chomsky und Pollin 2020). Sie wollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45 % senken und CO₂-Neutralität bis 2050 erreichen. Allgemein fordern sie eine Reduktion globaler Ungleichheit. Die beiden Autoren argumentieren explizit für eine Entwicklung hin zu einer postneoliberalen Phase des Kapitalismus.

Etwas weniger konkret, dafür politisch deutlich bewegungsorientierter, wollen Aronoff, Battistoni, Cohen und Riofrancos (2019) ebenfalls eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse anschieben. Ganz ähnlich will Riexinger (2020) mit einem linken Green New Deal einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, um bis 2035 CO₂-Neutralität zu erreichen. Mit seinen Vorschlägen zielt er auf ein „linkes Hegemonieprojekt“, das ein neues Akkumulationsmodell des Kapitalismus durchsetzt.

Maßnahmen und Leerstellen der Green New Deals

Je nach Zielsetzung legen die Maßnahmen der GND-Modelle unterschiedliche Akzente, ohne sich aber in wesentlichen Fragen zu widersprechen. Allen Vorschlägen gemein ist eine konsequente Dekarbonisierung der Wirtschaft bis 2050 oder gar früher. Alle wollen die öffentlichen Investitionen zur Förderung grüner Wirtschaftssektoren massiv steigern. Sanders verlangt, dass öffentliche Unternehmen für erneuerbare Energien einzurichten sind. Aronoff, Battistoni, Cohen und Riofrancos wollen die Energiekonzerne generell in Gesellschaftseigentum überführen. Diese Autor:innengruppe schlägt auch die umfassendste gesellschaftliche Transformation einschließlich eines Programms für soziale Reproduktion vor. Damit meinen sie den Ausbau der Infrastruktur in Bildung, Gesundheit, Pflege, Sorge und im Umweltbereich. Pollin und Chomsky betonen, wie wichtig es ist, eine systematische Industriepolitik mit entsprechenden Förderungen und Leitplanken zu entwickeln. Ähnliche argumentiert auch die Euromemorandums-Gruppe. Bescheiden und ungenügend beginnt sie mit der Forderung nach einer Verbesserung des Europäischen Emissionshandelssystems und der Einführung einer europäischen CO₂-Steuer. Ähnlich der US-amerikanischen Autor:innengruppe argumentiert Riexinger für den Aufbau einer breiten sozialen Infrastruktur und eines demokratischen Sozialstaats. Als langjähriger Gewerkschafter fordert er nicht überraschend angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Nur Pettifor (2020) setzt mir ihrer Forderung nach einer Entmachtung des Finanzkapitals und souveräner nationaler Geldpolitik die Akzente anders.

Flassbeck (2020) hält national begrenzte Maßnahmen, seien es institutionelle Gestaltung der Märkte oder harte Regulierungen, für illusorisch und weitgehend wirkungslos. Sich der verhältnismäßig stärkeren Belastung der von ihm geforderten Preispolitik für die Lohnabhängigen bewusst, will Flassbeck diese durch zahlreiche flankierende, allerdings nicht näher bestimmte Maßnahmen wieder entlasten. Denn ohne gesellschaftliche Unterstützung sei jede wirksame Klimapolitik nicht durchsetzbar. Flassbeck argumentiert wesentlich fokussierter und letztlich auch konsistenter als die Fürsprecher:innen für einen sozial-ökologischen Green New Deal. Doch zugleich blendet er die grundsätzliche Problematik des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur, den Reboundeffekt und die Ausbeutung der Arbeit komplett aus seiner Betrachtung aus.

In Bezug auf die Finanzierung der Programme argumentieren die Autor:innen in eine ähnliche Richtung, setzen aber die Akzente unterschiedlich. Das Spektrum reicht von einer Erhöhung der Steuern für

Vermögende, auf hohe Einkommen, Unternehmensgewinne, grüne Anleihen, Eurobonds durch die EZB, Kreditschöpfung durch Zentralbanken und Geschäftsbanken, Kreditfinanzierung durch Geschäftsbanken, Nutzung der Profitrücklagen von Unternehmen, Einsparungen bei den Rüstungsausgaben und Streichung der Subventionen für fossile Energieträger. Die detailliertesten Finanzierungsprogramme legen Pettifor (2020) und Pollin (2020) vor.

Der Gewerkschaftsökonom Dierk Hirschel integriert seine Ausführungen für einen Green New Deal in ein umfassendes Programm zur Reduktion der sozialen Ungleichheit und Umweltzerstörung (Hirschel 2020). Er plädiert für den Aufbau von Gegenmacht zur Revitalisierung der Gewerkschaften, die vor allem über eine beteiligungsorientierte Tarifpolitik und Organisierung der Lohnabhängigen in den neuen Sektoren geschehen solle. Im selben Zug will er auch die Sozialdemokratie erneuern. Hirschel bezeichnet den Green New Deal als grünen Kapitalismus, der eine kohlenstoffarme Wirtschaftsform ermöglichen und zugleich die soziale Spaltung national und global bekämpfen könne. „Ein neuer Klassenkompromiss zwischen aufgeklärten Bürgertum sowie traditionellen und modernen Arbeitnehmermilieus soll die sozial-ökologische Transformation mehrheitsfähig machen“. (Hirschel 2020: 200) „Eine lange Welle grüner Innovationen“ solle Beschäftigung schaffen und für wirtschaftliche Dynamik sorgen. „Dieser Ökokapitalismus ist kompatibel mit dem deutschen Exportmodell. Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen sollen zum neuen Exportschlager der deutschen Wirtschaft werden.“ (ebenda). Zwar warnt er vor den Folgen der hohen deutschen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse für die globalen Ungleichgewichte und benennt auch die Grenzen marktkonformer Ordnungspolitik. So würden die Automobilindustrie und die fossilen Energieerzeuger ohne Umbau der Infrastrukturen weiterhin die Umwelt verschmutzen, für Ausnahmen und Subventionen streiten und sogar auch Strafzahlungen in Kauf nehmen. Ohne weitere Erläuterungen plädiert er für eine Kreislaufwirtschaft und eine Regionalisierung internationaler Wertschöpfungsketten. Entscheidend sei, dass eine „radikale sozial-ökologische Reformpolitik“ für einen sozialen Ausgleich für die von einem ökologischen Preissystem überproportional belasteten Geringverdienern Sorge (Hirschel 2020: 201 ff).

Damit ein Green New Deal gesamtwirtschaftlich konsistent ist, muss die gesellschaftliche Nachfrage insgesamt und in den neuen Sektoren genügend hoch sein, um die Investitionstätigkeit aufrechtzuerhalten. Abgesehen von Flassbeck und Hirschel beachten fast alle Autor:innen diesen

Aspekt nur am Rande oder gar nicht. Entsprechend dem postkeynesianischen Muster ihrer Argumentation gehen sie wohl davon aus, dass durch die Staatsausgaben und mit den Einkommen in den grünen Sektoren die gesamtgesellschaftliche Nachfrage genügend hoch sein wird. Riexinger plädiert ziemlich verschwommen für ein neues Exportmodell. Die imperialistische Position der Länder in Europa und Nordamerika in der weltweiten Arbeitsteilung wird höchstens am Rande angesprochen. Das ist eine offensichtliche Leerstelle aller Green New Deal-Vorschläge.

Die Frage der Profite bleibt ebenfalls offen. Nur Pollin und Chomsky (2020) sowie Aronoff, Battistoni, Cohen und Riofrancos (2019) reden zumindest teilweise Klartext. Beide Autor:innengruppen betonen, dass das fossile Kapital geringere Profitraten akzeptieren muss und sich auch bewusst, dass sie hierfür ein entsprechendes politisches Kräfteverhältnis aufbauen müssen. Alle anderen sprechen dieses Thema nicht an. Das deutet darauf hin, dass sie diesen Aspekt für irrelevant halten oder sich keine gezielten Gedanken darüber gemacht haben. Wenn man aber eine neue Phase des Kapitalismus anstrebt, sind die Profite der Unternehmen eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich das Kapital auf irgendeinen Deal einlässt oder zumindest unter massivem gesellschaftlichen Druck geringere Profitraten akzeptiert, ohne dass es zu Kapitalflucht und zur Investitionsverweigerung schreitet.

Dass das politische Kräfteverhältnis massiv zu verändern ist, darüber sind sich alle im Klaren. Nicht überraschend sprechen Sanders (2019), Aronoff, Battistoni, Cohen und Riofrancos (2019) und Riexinger (2020) diesen Aspekt am klarsten aus. Sie alle sehen ihr Green New Deal-Programm explizit als Instrument zur Mobilisierung sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften. Alle Autor:innen appellieren zugleich an den Nationalstaat beziehungsweise an die EU (EuroMemo Group 2020; Adler, et al. 2019). Kein:e Autor:in schlägt in ihrem Green New Deal explizit eine mehr oder weniger weitgehende Entmachtung des Kapitals (nicht nur des Finanzkapitals wie Pettifor das tut), eine demokratische, gesellschaftliche Aneignung von strategischen Schlüsselsektoren (außerhalb des Energiesektors), ein umfassendes industrielles Um- und Rückbauprogramm und damit in der Summe dieser Schritte eine antikapitalistische Übergangsperspektive vor. Im nachfolgenden Absatz erörtere ich die soeben angesprochenen Unzulänglichkeiten und Widersprüche der Green New Deals.

Etliche Fürsprecher:innen eines Green New Deal argumentieren für eine Bepreisung von Treibhausgasemissionen oder gar für eine koordinierte Verteuerung von Energie, um einen Spardruck zu erzeugen. Seit

2021 stiegen die Energiepreise massiv an. Die Gründe für diese Entwicklung können hier nicht erklärt werden, doch sie liegen auch in der Knappheit von Ressourcen, die für die Energiewende essenziell sind. Die Konsequenzen der Erderhitzung werden zahlreiche Knappheiten entstehen lassen und damit zusätzlich einen langanhaltenden strukturellen Teuerungsdruck bewirken. Die gegenwärtige Teuerung, ihre Wirkung auf Unternehmensstrategien und die hervorgerufene soziale Not haben umgehend fast alle politischen Lager dazu gebracht, den Energiepreisanstieg für die Endverbraucher:innen mit staatlichen Interventionen zu dämpfen. Dieselben Kräfte, die bis vor Kurzem argumentiert haben, die Energie und die Treibhausgasemissionen müsste teurer werden, zeigten in der Energiekrise einen chaotischen Aktivismus, um den Energieverbrauch staatlich zu subventionieren. Diese Widersprüchlichkeit zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die preisbasierte Klimapolitik gescheitert ist.

Mangelnde Kohärenz

Die sozial-ökologischen Green New Deals gehen von der Prämisse aus, dass sich unter kapitalistischen Bedingungen zugleich Vollbeschäftigung, grünes Wachstum und Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 erreichen lassen. Das entspricht einer Konfiguration, die den Unternehmen insgesamt eine befriedigende Profitabilität und Nachfrage erlaubt, so dass sie weiterhin so stark investieren, um eine erweiterte Reproduktion sicherzustellen. Diese Konfiguration müsste einigermaßen kohärent und stabil sein und für eine Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten ein neues Wachstumsmodell ermöglichen. Für die Realisierung dieser Perspektive sind die Arbeitsproduktivität, die Zusammensetzung der Nachfrage, die internationale Arbeitsteilung, die Energiepreise und die Verschuldung wichtige Variablen.

Wenn das Kapital bei steigenden Energiepreisen und Kosten für CO₂-Emissionen die Profitrate erhalten will, muss es die Arbeitsproduktivität steigern, ohne zugleich den Energieinput erhöhen. Das heißt, Rationalisierungen dürfen nicht Arbeitskräfte durch Maschinen mit einem höheren Energieverbrauch ersetzen, was keineswegs garantiert ist. Zugleich ist zu beachten, dass die letzten Jahrzehnte von einer deutlichen Abschwächung der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet waren. Dafür war die Verlagerung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage in Richtung Dienstleistungen mit einem geringeren Steigerungspotential der Arbeitsproduktivität und zu geringe produktivitätssteigernde Investitionen verantwortlich. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien wirkte dieser Tendenz nicht im selben Ausmaß

entgegen. Das heißt unter diesen Bedingungen kann die Profitabilität des Kapitals nur auf Kosten der Arbeit, also durch eine Steigerung der Mehrwertrate, erhalten werden (Husson 2009).

Eine Möglichkeit bestünde theoretisch darin, dass die Sektoren, die ökologisch verträgliche Technologien, Maschinen und Konsumgüter herstellen, eine höhere Arbeitsproduktivität aufweisen und damit die anfänglich zu begleichenden Kosten für die Einrichtungen dieser Produktionszweige kompensieren. Auf diese Weise könnten die Unternehmen die gewünschte Profitabilität erzielen und diesen erlauben einigermaßen angemessene Löhne zu bezahlen. Damit ließe sich auch eine nachhaltige Binnennachfrage ermöglichen. Doch diese Annahme ist unrealistisch. Denn der Ersatz der fossilen Energieinfrastruktur und der Aufbau einer neuen Infrastruktur erneuerbarer Energien wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität zunächst beschränken, obschon auch die Sektoren der erneuerbaren Energien nach ihrem Aufbau die Produktivität steigern werden. Zudem werden die durch die Klimaveränderungen verursachten Probleme in der Landwirtschaft und die Behebung von Schäden die Arbeitsproduktivität sogar vermindern (Dasgupta, et al. 2021).

Nur eine, aber nicht hinreichende Voraussetzung hierfür wäre die von Pettifor angemahnte Entmachtung des Finanzkapitals, das seit rund vier Jahrzehnten einen gewichtigen Teil des Mehrwerts in Form einer Finanzrente (Zinsen, Dividenden, auf Eigentumsmonopolen beruhende Renten) einkassiert und damit durch den Mechanismus einer Corporate Governance, die sich am Shareholder Value orientiert, einen zusätzlichen Druck auf die Löhne sowie auch nachhaltige Investitionen und Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausübt.

Die durch die gegenwärtige Krise verstärkten Rationalisierungstendenzen sind im Hinblick auf die Entwicklungsdynamik in die Überlegungen einzubeziehen. Eine Studie von McKinsey schätzt, dass in der EU bis 2030 22 % der Arbeitskräfte, das entspricht 53 Millionen Jobs, durch Automatisierung wegfallen können (McKinsey Global Institute 2020: 18). Diese Entwicklung steht in krassem Gegensatz zum Anliegen der Vollbeschäftigung und stellt eine ökologische Herausforderung dar, da die automatisierten Maschinen schließlich mit elektrischer Energie angetrieben werden.

Die fossilen Industriesektoren und der Energiesektor weisen eine hohe Zentralisation des Kapitals auf und sind durch oligopolistische Strukturen gekennzeichnet. Wenige Konzerne dominieren die Öl-, Gas- und Kohlemärkte. Das trifft auch für die Energiemärkte in Deutschland zu. Der aggregierte Marktanteil der fünf absatzstärksten Konzerne RWE,

LEAG, EnBW, E.ON und Vattenfall auf dem deutschen Stromer Absatzmarkt (einschließlich Luxemburg) betrug im Jahr 2020 65,3 Prozent (Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt 2022: 46; vgl. Statista 2022b). Obwohl zahlreiche Unternehmen Gas anbieten, sind es EnBW, Stadtwerke München, EWE AG, E.ON AG und die Thüga-Gruppe, die den Großteil des Gases an die Endverbraucher:innen liefern. Ihnen vorgelagert sind gerade mal sieben große Erdgasförderkonzerne und 16 Transportnetzbetreiber (Statista 2022a). Diese Konzerne üben einen großen Einfluss auf das Marktgeschehen und die Politik aus, was die ganze Gesellschaft in der Energiekrise 2022 zu spüren bekam. Bemerkenswerterweise hat sich auch der Sektor der Windturbinenhersteller in wenigen Jahren beträchtlich konzentriert. Viele etablierte Konzerne aus dem Maschinenbau und besonders Turbinenhersteller wurden rasch große Akteure in diesem Markt. Die marktbeherrschende Stellung erlaubt den Unternehmen monopolistische Surplusprofite zu erzielen. Durch das herrschende Prinzip der Grenzerträge (Merit-Order) erzielen jene Energieanbieter, die ihre Energie vergleichsweise günstiger anbieten, als jene, deren Herstellungskosten gerade noch einen Marktzutritt erlauben, Extraprofite in Form von Differentialrenten.

Es bleibt empirisch zu überprüfen, in welchem Maße auch „grüne“ Sektoren monopolistische Surplusprofite erzielen und damit ihre Profitrate steigern können. Sofern die Kapitalintensität beziehungsweise die organische Zusammensetzung des Kapitals in den arbeitsintensiveren grünen Sektoren geringer als in den fossilen Sektoren ist, besteht das Potential höherer Profitraten. Die unterschiedliche Dynamik der Profitabilität müsste allerdings empirisch untersucht werden.

Die Einbindung in die hierarchische internationale Arbeitsteilung ist ein weiterer Aspekt, der einer stabilen nachhaltigen Konfiguration des Kapitalismus zuwiderläuft. Die Konzerne aus den Metropolenländern waren in der Lage, sich dem Druck auf ihre Profitabilität durch eine massive Ausweitung der Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen sowie durch eine vertikale Zerlegung ihrer Wertschöpfungsketten und die Durchsetzung hierarchischer Lieferbeziehungen zu entziehen. Auf diese Weise nutzten sie den globalen Pool verfügbarer Arbeitskräfte und könnten auch einen zusätzlichen Druck auf die Löhne ausüben (Durand und Gueuder 2018). Jeder Green New Deal steht in diesem Kontext vor einem grundlegenden Dilemma.

Um die Flucht in Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen, die weder ökologisch verträglich noch weniger ausbeuterisch, aber profitabler sind, zu vermeiden, müssten die Profite aus Investitionen in heimische

grüne Anlagen höher sein, als jene aus Direkt- und Portfolioinvestitionen. Die Profitabilität in den Bereichen der erneuerbaren Energien und der auf große Energiespeicher angewiesenen Unternehmen hängt aber auch davon ab, inwiefern es gelingt die Preise der Rohstoffe zu drücken, das heißt, hierarchische imperialistische Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das widerspräche allerdings jeder weltweit solidarischen Perspektive.

Gerade darum ist es bedenklich, dass keine Fürsprecher:in eines Green New Deal eine grundsätzliche Kritik an der Orientierung der Konzerne und nationalen Regierungen auf internationale Wettbewerbsfähigkeit übt. Auch Rixinger (2020) stellt sich dem deutschen Exportmodell höchstens zaghaft entgegen. Durch ihre Orientierung auf eine nicht wachsende „steady-state“-Ökonomie und Betonung der nationalstaatlichen Versorgungsverantwortung bewegt sich Pettifor (2020) nur implizit jenseits des Diskurses der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, was aber noch nicht einer global solidarischen Perspektive gleichkommt.

Nahezu alle Vorschläge für einen Green New Deal vermeiden eine klare Positionierung zugunsten der Verpflichtungen gegenüber den armen Ländern im globalen Süden. Das schliesse eine deutlich überproportionale Verminderung der Treibhausgasemissionen in den frühindustrialisierten und imperialistischen Ländern ein. Auch die Forderung nach einer Abschaffung des Handels von Emissionszertifikaten und die damit verbundenen Mechanismen zum CO₂-Ausgleich sind im besten Falle unklar formuliert. Letztlich beinhalten alle Vorschläge für einen Green New Deal, obgleich in unterschiedlichem Maße, Aspekte eines „Klima-Imperialismus“. Gerade aus einer antiimperialistischen Perspektive erfahren die Vorstöße für einen Green New Deal bisweilen bissige Kritik (vgl. Ajl 2021).

Die gegenwärtige Krise treibt die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und der Individuen massiv in ungeahnte Höhen. Die schubartige Zunahme der Staatsverschuldung im Zuge der Krise 2007-10 und die nachfolgende „Sanierung“ der Staatsfinanzen lässt erwarten, dass die Regierungen erneut zu einer harten Austeritätspolitik schreiten werden, sobald die Corona-Pandemie sowie Konsequenzen des russischen Besatzungskriegs gegen die ukrainische Bevölkerung und der Sanktionen einigermaßen im Griff bekommen sind. Das wird den Spielraum für jede Art sozial-ökologischer Reformpolitik deutlich einschränken. Dieser Spielraum könnte nur durch eine massive gesellschaftliche Mobilisierung erweitert werden. Die damit einhergehende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses liefe jedoch auf eine erneute Unterminierung der Profitabilität des Kapitals hinaus. Auch unter diesem Ge-

sichtspunkt ist nicht zu erwarten, dass sich das Kapital auf irgendeine Art von Green New Deal einlassen wird, die auf Vollbeschäftigung und ökologischen Umbau zielt.

Ökologisch ungenügend

Diese Green New Deals geraten nicht nur in Widerspruch zu zentralen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Sie genügen auch den ökologischen Anforderungen in keiner Weise. Alle seit 2019 vorgelegten Varianten eines Green New Deal in einer sozial-ökologischen Reformperspektive orientieren sich am Ziel, die Erderhitzung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 1,5° C zu begrenzen. Diese Schwelle ist wichtig, um die Wahrscheinlichkeit zu reduzieren, irreversible und weitreichende Kipppunkte im Erdsystem zu überschreiten. Doch, erstens, vermeiden es die GND-Vorschläge, die Rahmenbedingungen klar zu benennen. Sie schließen weder den Einsatz von Atomenergie noch von negativen Emissionstechnologien wie BECCS (*bioenergy with carbon capture and storage* – Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung) und Geoengineering aus. Die Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung sind unausgereift, mit großen Risiken behaftet und noch weit entfernt von einer massenhaften Anwendung. Das gilt noch stärker für Geoengineering. Chomsky und Pollin (2020) akzeptieren die gegenwärtigen Atomkraftwerke bis zum Ende ihrer Laufzeit, lehnen aber zusätzliche Atomenergie ab.

Würde man das für Mensch und Natur sinnvollste Szenario 1 im sogenannten 1,5°C-Bericht des IPCC (IPCC 2018) oder das ähnliche Szenario (SSP1-1.9) im 6. Sachstandsbericht (IPCC 2021: SPM-38, Table SPM.2) zum Ausgangspunkt für eine Strategie nehmen, allerdings unter Ausschluss zusätzlicher Kernenergie und mit Berücksichtigung des historischen Schuld der frühindustrialisierten und imperialistischen Länder, müssten die Treibhausgasemissionen in eben diesen Ländern bis zum Jahr 2030 weitgehend auf null reduziert werden (Tanuro 2020: 103ff). Wenn die Welt weiterhin wie bisher Treibhausgase emittiert, müsste sie im Jahr 2030 sofort alle Emissionen auf Null runterfahren. Das ist offensichtlich absurd. Darum müssen wir sofort auf die Reduktion des Materialdurchsatzes und Energieverbrauchs zielen. Das tut aber keiner der GND-Vorschläge.

Zweitens vermeiden es die GND-Vorschläge, die Notwendigkeit den Energieverbrauch, die materielle Produktion und den Transportaufwand wesentlich zu verringern klar zu benennen. Oder sie gehen davon aus, dass sich kapitalistisches Wachstum mit einer absoluten Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vereinbaren ließe (Tanuro

2020: 302 ff). Damit vermeiden sie es, das Problem des Rebound-Effekts (Santarius 2015) anzusprechen, was allerdings in einer umfassenden ökologischen Perspektive unzulässig ist. Insofern unterscheiden sich die Fürsprecher:innen eines Green New Deal nicht grundsätzlich von den Anhänger:innen eines grünen Kapitalismus, die betonen, dass es gelungen sei, die sogenannte Ressourcen- und Energieeffizienz zu steigern. Das trifft relativ zu. Es gibt eine relative Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Wir brauchen jedoch eine absolute Entkopplung. Diese ist allerdings eine reine Wunschvorstellung, vor allem, weil wir den Energie- und Ressourcenverbrauch im globalen Maßstab senken müssen. Pettifor sowie Chomsky und Pollin erkennen die Herausforderung der planetaren Grenzen. Pettifor spricht sich deswegen für eine sogenannte stationäre (*steady state*) Wirtschaft aus. Da sie, wie auch übrigens Riexinger, in der kapitalistischen Akkumulation nicht einen grundsätzlichen Wachstumszwang erkennt, stellt sie den durch die Kapitalverwertung getriebenen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur nicht als solchen in Frage.

Keiner der diskutierten Vorschläge für einen Green New Deal sieht einen umfassenden industriellen Umbau- oder gar Rückbau vor. Außer die EU verlangen alle Autor:innen zwar eine Reduktion der Rüstungsausgaben. Doch die Forderung nach einem radikalen Rückbau und schließlich Abschaffung der Rüstungsindustrie fehlt ebenso wie Vorschläge nach einer umfassenden Konversion und schließlich Rückbau der Automobilindustrie. Ebenso wird keine grundsätzliche Kritik an der Offensive der Automobilindustrie für Elektroautos geäußert. Riexinger (2020) erkennt allerdings die Notwendigkeit der industriellen Konversion, auch der Automobilindustrie, und formuliert Vorschläge wie dieses Anliegen gesellschaftlich verankert werden kann. Aronoff, Battistoni, Aldana Cohen und Riofrancos (2019) benennen zu Recht die Ressourcenintensität der erneuerbaren Energien, beschränken sich auf eine allgemeine Kritik an den ungleichen Handelsbeziehungen.

Drittens verengen alle GND-Vorschläge mit Ausnahme von Pettifor die Umweltzerstörung auf den Klimawandel und nennen allenfalls noch den Verlust der Biodiversität als Problem. Das Artensterben, der aus dem Ruder gelaufene Stickstoffkreislauf und die rasante Zerstörung fruchtbaren Bodens zeigen allerdings, dass die Menschheit seit der großen Beschleunigung, die mit dem *New Deal* ihren Lauf nahm und sich nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Teil der Welt durchsetzte (individuelle Massenmotorisierung, industrielle Landwirtschaft, Ausdehnung des Flugverkehrs, gigantischer Anstieg des Verbrauchs fossiler Energien

etc.), mehrere planetare Grenzen bereits durchbrochen hat oder kurz davor ist, diese zu durchbrechen.

3.6 Möglichkeiten des Bruchs ausloten

Die gegenwärtigen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sind so groß, dass eine sozial-ökologische Konfiguration des Kapitalismus unmöglich ist. Alle GND-Vorschläge, obgleich in unterschiedlichem Maße, sehen ausdrücklich eine weitere Steigerung der Kapitalakkumulation und des Wirtschaftswachstums vor, alle entwickeln ihre Vorschläge im Rahmen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des „heimischen“ Kapitals und berücksichtigen die historische ökologische Schuld nicht, die die imperialistischen Länder im Zuge ihres Wachstums und ihrer Expansion auf sich geladen haben. Ich fasse in fünf Argumenten zusammen, warum die Green New Deals ökonomisch inkonsistent und ökologisch ungenügend sind, also eigentlich widersinnig sind.

Erstens bestehen keine Potentiale die Produktivität in dem Maße zu steigern, dass sowohl die Löhne erhöht und die gesellschaftliche Infrastruktur verbessert als auch die Gewinne der Unternehmen sich wieder steigern lassen. Weil dieser Spielraum nicht besteht, können radikale Strukturreformen nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiter:innenbewegung und die Umweltbewegung ein Kräfteverhältnis aufbauen, das es erlaubt, die Macht des Kapitals massiv einzuschränken. Dieses erforderliche Kräfteverhältnis kommt aber letztlich einer gesellschaftlichen Situation gleich, in der die Frage der politischen Macht und des Eigentums über Produktionsmittel ebenfalls gestellt werden kann. Radikale Reform und revolutionärer Bruch verschmelzen.

Zweitens müsste ein *Green New Deal* eine kapitalistische Konfiguration ermöglichen, in der die Profite in den neuen grünen und nicht-fossilen Sektoren der Wirtschaft höher sind als in den fossilen Sektoren. Nur unter dieser Bedingung würde das erforderliche Kapital überhaupt in diesen Sektor fließen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das kurzfristig der Fall sein wird. Die Profite ließen sich auch in den nicht-fossilen Sektoren vor allem durch eine verstärkte Ausbeutung der Lohnabhängigen, das Drücken der Weltmarktpreise für die Inputs und einen Raubbau in anderen Bereichen der Natur bewerkstelligen. Schließt man diesen Weg aus, muss der Staat die Lücke schließen und die nicht-fossilen Bereiche der Wirtschaft finanzieren und selber aufbauen. Der ökonomische und ökologische Spielraum für einen „Deal“ beziehungsweise einen Sozialpakt mit dem Kapital oder Kapitalfraktionen besteht also nicht. Das

heißt, es gilt in ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das es erlaubt, einen durch massive Gewinn- und Vermögenssteuern finanzierten öffentlichen Industriesektor aufzubauen, der den sozial-ökologischen Umbau mit seinen Produkten (erneuerbare Energien, Stahl, Zement, Eisenbahnen, Busse, etc.) trägt. Eine derartige Strategie hätte aber mit einem Deal nur noch wenig zu tun und wäre einer ökosozialistischen Umbaustrategie ziemlich ähnlich (Zeller 2020a).

Drittens vermeiden es alle Green New Deal-Vorschläge die grundsätzliche Frage anzusprechen, ob es möglich ist, den Ressourcen- und Energieverbrauch absolut zu senken bei gleichzeitigem Fortgang der kapitalistischen Akkumulationstätigkeit. Es gibt nirgendwo Anhaltspunkte, dass bei fortschreitender Kapitalakkumulation es möglich ist, den Ressourcenverbrauch absolut zu senken und zwar im Weltmaßstab. Jede Strategie, die beansprucht einen sozial-ökologischen Systemwechsel anzustreben, dieses Problem aber nicht anspricht, bleibt inkonsistent und ökologisch ungenügend.

Viertens treten wir mit dem dem Anthropozän-Kapitalismus in eine Phase voller Ungewissheiten, Unsicherheiten, Verunsicherungen, Instabilitäten und abrupten Wendungen (Zeller 2022a). Diese Situation hat nichts mehr mit der stabilen Wachstumsphase des Neokapitalismus bis in die 1970er Jahr und den neoliberalen Verheißungen in den 1990er Jahren zu tun. Darum zielt eine Strategie, die auf eine graduelle sozial-ökologischen Transformation und letztlich eine mehr oder weniger stabile neue sozial-ökologischen Entwicklungsweise des Kapitalismus setzt, völlig an den Herausforderungen vorbei. Die Dynamiken des Erdsystems mit seinen Kippunkten werden den Gesellschaften abrupte Veränderungen aufzwingen. Im Gegensatz dazu entspricht eine ökosozialistische Strategie des antikapitalistischen Bruchs den brennenden und dringenden Herausforderungen.

Fünftens ist es fraglich, ob es politisch sinnvoll ist, begrifflich am New Deal der 1930er Jahre anzuschließen. Die gegenwärtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Situation unterscheidet sich grundlegend von jener in den 1930er Jahren. Der Begriff *New Deal* ist im Bewusstsein größerer Teile der Bevölkerungen in den USA und allenfalls in Großbritannien zwar durchaus positiv belegt. Aber nirgendwo sonst, auch nicht im romanischen und deutschen Sprachraum gibt es eine derartige historische Referenz. Wer soll mit wem auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel einen Deal abschließen? Die ökologische und gesellschaftliche Dringlichkeit im Kontext des Durchbrechens der planetaren Grenzen im Zeitalter des Anthropozäns macht den Begriff des *Deals*

unsinnig. Es gilt nicht einen Diskurs des Kompromisses und seiner Aushandlung, sondern einen Diskurs der absoluten Dringlichkeit und des Aufbaus von gesellschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln. Es geht also vielmehr darum, die Herrschaft des Kapitals, der herrschenden Politik und des gegenwärtigen politischen Führungspersonals zu delegitimieren als konzeptionell an einem *New Deal* der 1930er Jahre anzuschließen, der in einer völlig anderen gesellschaftlichen und ökologischen Situation seine Wirkung erzielen konnte.

Die Auseinandersetzungen über Green New Deals sind trotz deren innerer Widersprüchlichkeit und unzureichender Programmatik auch unter dem Gesichtspunkt des Potentials zur Veränderung der Kräfteverhältnisse zu beurteilen. Besonders die Fürsprecher:innen eines radikalen und linken Green New Deals (Aronoff, et al. 2019; Riexinger 2020) wollen zu einem strategischen Bündnis von Teilen der Gewerkschaften, der Klimabewegung, der feministischen Bewegung, städtischen Initiativen für eine Verkehrswende, ländlichen Kooperativen für eine biologische Landwirtschaft und dem antirassistischen Widerstand anregen. Das Anliegen dieser Autor:innen Einstiegsprojekte in einen sozial-ökologischen Systemwechsel zu entwickeln, teile ich vollumfänglich. Ich unterstütze auch viele ihrer programmatischen Vorschläge. In den USA zeigte sich, dass die Debatten über einen Green New Deal dazu beigetragen haben, ein gesellschaftlich breite Diskussion über alternative gesellschaftliche Entwicklungen zu initiieren. Es gilt also die Vorschläge für einen Green New Deal auch daran zu messen, inwiefern sie dazu beitragen, die Mobilisierungsfähigkeit der Arbeiter:innenbewegung, der Klimabewegung und anderer fortschrittlicher sozialer Bewegungen zu stärken und zu ihrer Konvergenz beizutragen. Der Verlauf der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren deutet allerdings darauf hin, dass die Green New Deal Vorschläge nicht wirklich eine Mobilisierungsdynamik zu befördern vermochten.

4. Umriss einer ökosozialistischen Strategie

4.1 Die Aktualität einer ökosozialistischen Umwälzung

Mit den linken Varianten eines Green New Deals gehe ich einig, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Anliegen der arbeitenden Klassen unter den Bedingungen der begrenzten Natur gleichermaßen in ein alternatives Programm gegossen werden müssen. Doch die Ungleichheiten, die Verarmung und der Ausschluss großer Teile der Weltbevölke-

rung, Ausbeutung und Unterdrückung sowie die voranschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen lassen sich nur stoppen und überwinden, wenn wir mit den kapitalistischen Zwängen der Kapitalakkumulation und des Profits grundsätzlich und praktisch brechen. Bevor ich hierzu einige strategische Überlegungen zur Diskussion stelle, erkläre ich kurz, was ich unter *ökosozialistischer Umwälzung der Gesellschaft* verstehe.

Das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5° gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, erfordert einen historisch einmaligen Um- und Rückbau großer Teile des gesamten produktiven Apparats unserer Gesellschaften. Das ist nur möglich, wenn wir mit dem kapitalistischen Zwang der Akkumulation von immer mehr Kapital und der Maximierung des Profits brechen, das heißt, wir müssen die kapitalistische Produktionsweise in Frage stellen, nicht nur theoretisch und abstrakt, sondern ganz konkret in unseren Alltagsforderungen.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die weniger und anders produziert, weniger transportiert, mehr Sorge für die Menschen und die Natur trägt, den gesamten Reichtum teilt und gemeinsam entscheidet (vgl. Tanuro 2020: 249 ff; Löwy 2016: 28 ff). „Ein Wandel der Lebensformen bedingt eine radikale Umwandlung der Produktionsformen und der Arbeitsweisen. In diesem Sinne ist ein ökologischer Umbau der Produktion, des Transports, der technologischen Entwicklung und des gesamten Alltags einschließlich der Reproduktion zu erkämpfen, um einen tragfähigen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur einzuleiten“ (Zeller 2020a: 73). Das bedeutet, dass sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten in einem Prozess der Selbstermächtigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der bürgerlichen Klasse erfolgreich entgegenstellen und diese beenden. Ökosozialist:innen wollen die kapitalistische Produktionsweise überwinden.

Eine ökosozialistische Umwälzung der Gesellschaft zielt auf die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Produktion, des Finanzsektors, der Transportinfrastruktur und einen massiven Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur, die weitgehend gratis anzubieten ist. Nur auf diese Weise lässt sich die Gesellschaft auf demokratische Weise sozial gerecht und ökologisch verträglich organisieren. Zentrales Ziel einer ökosozialistischen Alternative ist die gerechte Teilung der gesellschaftlichen notwendigen Arbeitszeit, und zwar der entlohnten und nicht entlohnten Arbeitszeit. Die ökosozialistische Perspektive lotet Möglichkeiten einer solidarischen Lebensweise und umfassenden sozialen Emanzipation aus.

Die Orientierung auf eine ökosozialistische Alternative berücksichtigt, dass die klassische Arbeiterbewegung historisch darin gescheitert

ist, die Emanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Berücksichtigung der ökologischen Schranken voranzutreiben. In diesem Sinne bedeutet „ökosozialistisch“ auch eine Verpflichtung, die programmatischen Grundlagen ständig zu überdenken und zu überarbeiten.

Die große Herausforderung besteht jedoch darin, politische Perspektiven zu entwickeln, die mindestens drei Anforderungen genügen. *Erstens* müssen sie die enorme Kluft zwischen den erforderlichen Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung und dem Bewusstseinsstand breiter Teile der arbeitenden Klassen schließen. *Zweitens* müssen sie unter Berücksichtigung der ökologischen Beschränkungen an konkreten sozialen, feministischen und ökologischen Anliegen großer Teile der gesamten arbeitenden Klasse und an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen anknüpfen. Dabei gilt es den *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen* auf regionaler, nationaler und globaler Ebene einen politischen Ausdruck zu verleihen. *Drittens* sind diese Forderungen und Perspektiven in einem in einem ökosozialistischen Übergangsprogramm zu verschmelzen, sodass die Dynamik ihrer Verwirklichung schließlich den Rahmen der bestehenden Konkurrenz- und Profitlogik durchbricht, sich aber an die von der Natur vorgegebenen Beschränkungen hält (siehe Seite 146).

Ein ökosozialistisches Dringlichkeitsprogramm nimmt die Gebrauchswerte und die Organisation des gesellschaftlichen Stoffwechsels gleichermaßen zum Ausgangspunkt: „Erstens ist es unerlässlich, den naturwissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen über die Erderwärmung konsequent zu folgen. Es wäre fahrlässig, diese Perspektive zu relativieren, nur weil sie gegenwärtig politisch als zu wenig praktikabel erscheint. Es ist unvernünftig, nur das zu verlangen, was im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Kontext der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Das würde die Realität verzerren und wäre somit gänzlich unrealistisch. Zweitens müssen wir darüber nachdenken, wie wir handeln können, um das Notwendige möglich zu machen.“ (Zeller 2020a: 72)

Ein vernünftiger „gesellschaftlicher Stoffwechsel mit der Natur“ setzt voraus, die gesamte Produktion und Reproduktion von Anfang bis Ende nach ökologischen Kriterien zu organisieren (Zeller 2020a: Kapitel 4-8). Zerstörungsindustrien wie die Rüstungsindustrie sind komplett zurückzubauen. Der motorisierte Individualverkehr ist weitgehend auf den öffentlichen Verkehr und den nicht-motorisierten Verkehr zu verlagern. Im selben Zuge ist die Autoindustrie weitgehend zurückzubauen und die weiterhin benötigten Produktionslinien sind zu einer öffentlich kontrollierten Mobilitäts- und Eisenbahnindustrie zu verschmelzen. Die in den

vergangenen Jahrzehnten stark angestiegene Verkehrsleistung muss mit einer entsprechenden Raum- und Stadtplanung für eine Stadt der kurzen Wege deutlich vermindert werden. Der Güterverkehr stieg durch Zerlegung der Wertschöpfungsketten so stark an, dass die Eisenbahnen gar nicht mehr in der Lage wären, diesen zu bewältigen. Darum ist der Güterverkehr durch Planung der Produktionsorte zu reduzieren. Diese Umbauschritte erfordern zugleich die demokratische Aneignung der Raum- und Stadtplanung und die gesellschaftliche Aneignung des Bodens. Die gesamte Nahrungsmittelproduktion ist komplett ökologisch umbauen und die Agrarindustrie zu entmachten. Die fleischverarbeitende Industrie ist massiv zurückzubauen. Die gesamte Energieumwandlung und -versorgung ist auf erneuerbare Energieträger umzustellen und zugleich der Energieverbrauch massiv zu senken. Das allerdings erfordert die demokratische gesellschaftliche Aneignung des gesamten Energiesystems.

Alle diese Umbaumaßnahmen erfordern umfassende Investitionen. Der Finanzsektor ist vollumfänglich in den Dienst dieses Umbaus zu stellen. Alle gesellschaftlich nicht notwendigen Bereiche des enorm aufgeblähten Finanzsektors müssen unter öffentlicher Kontrolle runtergefahren werden. Es ist naheliegend, der Finanzsektor nur mit einer demokratischen Sozialisierung so organisiert werden kann, dass er den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Der notwendige Rückbau und die Konversion von Industrien erfordern Planung. Nur mit gesellschaftlicher Planung lässt sich dieser umfangreiche Prozess so gestalten, dass er nicht mit großer Arbeitslosigkeit, der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung und umfassender Armut einhergeht. Auch die gesellschaftliche Aneignung der strategischen Wirtschaftssektoren macht nur in Verbindung mit demokratischer Planung wirklich Sinn. Denn wenn die sozialisierten Betriebe nicht wie private Unternehmen in Konkurrenz zueinander gestellt werden, muss es einen Allokationsmechanismus geben, der über den Markt hinausweist.

Unter gesellschaftlicher Planung verstehe ich einen offenen Prozess und eine öffentliche Auseinandersetzung über mögliche erwünschte Zustände und die Maßnahmen, die zu treffen sind, um diese Ziele zu erreichen. Dieser Prozess erfordert, dass die Beschäftigten und Bürger:innen in demokratisch legitimierten Strukturen alternative Szenarios und Optionen ausarbeiten und in gesellschaftlichen Debatten einander gegenüberstellen. Sie müssen die Prozesse selbst aktiv gestalten und beschließen. Diese alternativen Optionen sind in demokratischen Entscheidungsprozessen zu bestimmen. Hierfür braucht es allerdings auch die geeigneten Räteinstitutionen (Zeller 2020a: 210 ff; 2020b).

4.2 Gesellschaftliche Aneignung

Theoretisch und praktisch ist mit der Logik des Profits und der Konkurrenz sowie mit den Machtorganen zu brechen. Eine alternative Orientierung besteht in der *demokratischen gesellschaftlichen Aneignung* der wichtigsten Ressourcen und der zentralen Produktionsmittel. Ich verwende den Begriff der gesellschaftlichen Aneignung im dreifachen Sinne einer *Methode* die Eigentumsfrage systematisch aufzuwerfen, einer antikapitalistischen *Strategie* zum Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht und einer realen *Praxis* in konkreten Auseinandersetzungen auf allen geographischen Maßstabsebenen. Anknüpfungspunkte gibt es in den meisten alltäglichen konkreten Auseinandersetzungen von der Aneignung einer Wohnstraße, zur Vergesellschaftung der Deutsche Wohnen AG in Berlin, zur Abschaffung der intellektuellen Eigentumsmonopole bei Impfstoffen und Medikamenten bis hin zur Perspektive der demokratischen gesellschaftlichen Aneignung des Finanzsektors, der Energieversorgung und der großen Industriekonzerne. Zentraler Gedanke ist immer die Selbsttätigkeit der Betroffenen. Diese Methode, Strategie und Praxis der gesellschaftlichen Aneignung soll dazu beitragen, einen Neuformierungsprozess einer vielfältigen Bewegung der Lohnabhängigen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit voranzutreiben, also eine Formierung als Gemeinschaften der arbeitenden Klasse.

Die Methode, Strategie und Praxis der gesellschaftlichen Aneignung bedeutet Demokratie, Eigentum und Selbstermächtigung im Sinne der Emanzipation der Lohnabhängigen, Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenzudenken und in der Praxis zusammenzuführen. Forderungen in einer emanzipatorischen und ökosozialistischen Perspektive beginnen als Reformen und verfügen zugleich über eine inhärente Logik, die der Logik der Kapitalakkumulation widerspricht. Sie stellen die gemeinschaftliche Selbstermächtigung und die gesellschaftliche Aneignung gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit, Entmündigung und Unterwerfung der großen Mehrheit der Menschen sowie die Plünderung und Zerstörung der Natur (Zeller 2020a: 74 ff).

Eine ökosozialistische Strategie setzt auf die Übernahme der Entscheidungsgewalt durch Belegschaften, Genossenschaften, kommunale Versammlungen von Bürger:innen sowie eine Zurückdrängung des Kapitaleinflusses in der Gesellschaft und den politischen Gremien. Schließlich gilt es das Kapital vollständig zu entmachten und stattdessen gemeinschaftliche Eigentumsformen durchzusetzen (Zeller 2020a: 182).

Wie können die Klimabewegung, die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen den Umbau aller wesentlichen Wirtschaftssektoren und den Ausbau der sozialen Infrastruktur durchsetzen und gleichzeitig einen gesellschaftlichen emanzipatorischen Prozess vorantreiben, der schließlich über die kapitalistische Produktionsweise hinausreicht? Mit der Teilnahme an Wahlen und der Einflussnahme in staatlichen Institutionen lassen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse abbilden und Diskurse verschieben. Doch die vorgeschlagene Methode, Strategie und Praxis der gesellschaftlichen Aneignung weist mit ihrem Fokus auf Selbsttätigkeit und Selbstermächtigung der Lohnabhängigen über die bürgerliche parlamentarische Demokratie hinaus (Zeller 2020a: 182-184).

Die Entscheidungen darüber, *was, wo, wie und von wem* produziert wird, sind Schlüsselentscheidungen unserer Gesellschaft. Sie sind nicht nur für die Verteilung des Wohlstands, sondern auch für den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur entscheidend. Heute liegen diese mit der Zuweisung von Investitionen zusammenhängenden Entscheidungen nahezu ausschließlich in den Händen der Unternehmen, also des Privatkapitals. Diese entscheiden nicht entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und der Verträglichkeit mit der Natur, sondern gemäß ihren Profiterwartungen. Grundsätzlich geht es darum zu überlegen, wie die Lohnabhängigen und die betroffene Bevölkerung sich in die Lage versetzen, sich diese Entscheidungen anzueignen.

Eine besondere politische Herausforderung besteht darin, wie die Maße der Lohnabhängigen davon überzeugt werden kann, Maßnahmen einzufordern und durchzusetzen, die dazu beitragen, die historische Klimaschuld der frühindustrialisierten und imperialistischen Länder gegenüber den kolonisierten, abhängigen und peripheren Gesellschaften zu begleichen (Ajl 2021: 31, 151). Denn es sind die frühindustrialisierten und imperialistischen Länder, die mit dem Aufbau ihrer auf fossile Energieträger gestützten Industrie und dem entsprechenden Konsum für den Großteil der Treibhausgasemissionen auf dem Planeten verantwortlich sind. Dabei gilt es auch den ökologisch ungleichen Tausch zu beachten. Einerseits heißt das, dass wir in unseren Ländern überdurchschnittlich konsequente Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen durchsetzen müssen und andererseits gilt es, einen umfassenden Schuldenerlass der armen Länder zu erreichen, umfangreiche Investitionsprogramme für den ökologischen Umbau der örtlichen Produktionsstrukturen zu finanzieren und schließlich die globalen Produktionsnetzwerke ökologisch umzubauen. All das ist aber nur möglich, wenn es nicht

nur gelingt, die Kräfteverhältnisse komplett zu verändern, sondern die Machtfrage praktisch zu stellen (vgl. Zeller 2022b).

4.3 Kontrolle durch die Beschäftigten und die Konsument:innen

Die Klimabewegung vermochte bislang durch Demonstrationen und Blockaden die Notwendigkeit einer radikalen politischen Wende ins Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zu tragen. Viele Menschen wünschen eine wirksame Klimapolitik. Doch konkrete Erfolge kann die Klimabewegung nicht vorweisen. Auf diesen ernüchternden Befund antwortet Andreas Malm mit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem in der Klimabewegung weitverbreiteten strategischen Pazifismus. Er argumentiert, dass unter bestimmten und klar definierten Bedingungen auch militante Aktionen und Gewalt gegen Eigentum sinnvoll sein können (Malm 2021). Seine Argumente sind zwar nachvollziehbar, doch sie zielen an den wesentlichen Herausforderungen vorbei. Malm benennt merkwürdigerweise weder die Notwendigkeit eines antikapitalistischen Bruchs noch welche Subjekte überhaupt dazu in der Lage sind, eine radikale Klimapolitik durchzusetzen.

Doch um wirkliche Veränderungen in Industrien durchzusetzen, ist das kollektive Handeln der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen erforderlich (Zeller 2020a: 184-186). Erst wenn sich Millionen von Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften als aktiver Teil der Klimabewegung verstehen und bereit sind, sich in „ihren“ Unternehmen und Betrieben für einen ökologischen Umbau der Produktion einzusetzen, wird sich das Kräfteverhältnis substantiell verändern. Entscheidend ist, wie gelingen kann, die große Mehrheit der Lohnabhängigen für radikale sozial-ökologische Strukturreformen zu gewinnen. Im Zuge des Kampfes für derartige Reformen können die Menschen in Bewegungen und Betrieben gemeinsam lernen und die nötigen Erfahrungen machen, die es ihnen erlauben, die Machtfrage auch gesamtgesellschaftlich wirkungsmächtig auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzungen zu bringen. Die wirksamste Maßnahme, mit der Beschäftigte für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, umfassendere soziale Absicherungen und eben für ökologisch und gesellschaftlich verträglichere Produktionsabläufe kämpfen, ist der Streik.

Mit Streiks stellen die Beschäftigten eines Unternehmens ansatzweise die Machtfrage über die Kontrolle der Produktion und der Abläufe im Unternehmen. Durch ihren Ausstand signalisieren sie, dass sie die

Anordnungen der Unternehmensleitung nicht befolgen und sich zu einer Gegenmacht formieren. Besonders wenn die Streikenden ihre Aktion weitertreiben und ihre Produktionsstätte oder ihren Bürokomplex besetzen oder sogar vom passiven zum aktiven Streik übergehen und die Arbeit unter eigener Regie wiederaufnehmen, stellen sie die Macht des Kapitals zunächst perspektivisch und schließlich sogar real in Frage. Schließen sich die Beschäftigten vieler Betriebe in einer Region oder eines Landes für einen Generalstreik zusammen, demonstrieren sie ihre kollektive Vetomacht gegenüber der wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Das zeigen die Erfahrungen aus vielen Generalstreiks. Gelänge es in mehreren Ländern, möglichst unbefristete Generalstreiks für einen ökologischen industriellen Umbau durchzuführen, würde das die politischen Kräfteverhältnisse substantiell verändern. Einer derartigen Manifestation von Gegenmacht müsste jede Regierung Rechnung tragen.

Voraussetzung einer derartigen Dynamik ist die demokratische Organisation des Arbeitskampfes. Die Gesamtheit der Streikenden, seien sie Mitglied einer Gewerkschaft oder nicht, entscheidet in regelmäßig einberufenen Vollversammlungen demokratisch über den Verlauf ihres Kampfes und wählt ihre Delegierten für Verhandlungen und übergeordnete Streikzusammenschlüsse. Eine demokratische, auf die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen gestützte Organisation bietet den einzelnen Lohnabhängigen die Möglichkeit, die lang erlebte eigene Passivität und Unterordnung unter verschiedene „Autoritäten“, seien das staatliche Behörden, das Unternehmensmanagement oder die Gewerkschaftsbürokratie, zu überwinden, also selbst aktiv und zum Subjekt zu werden. Die Selbstermächtigung ist Beginn und Voraussetzung der Selbstemanzipation (Zeller 2010b: 16).

Die Lohnabhängigen unternähmen einen entscheidenden Schritt zur demokratischen Aneignung der Produktion, wenn sie sich in allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen – also ihren unmittelbaren Stoffwechsel mit der Natur am Arbeitsplatz – und sogar die strategische Orientierung des Unternehmens betreffen, gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein noch weitergehender Schritt wäre es, wenn es den organisierten Lohnabhängigen und Gemeinschaften der arbeitenden Klasse gelänge, die Unternehmen und Konzerne zu kontrollieren sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchzusetzen. Das liefe in strategisch wichtigen Unternehmen darauf hinaus, Formen der gesellschaftlichen Kontrolle und schließlich einer weitergehenden Selbstverwaltung und Aneignung zu erkämpfen. Letztlich sind die Entscheidungen über

die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten betroffenen Bevölkerung eines Territoriums und entlang der Wertschöpfungskette, die an vielen Orten lokalisiert ist und deshalb quer zu den politisch abgegrenzten Territorien organisiert ist. Die politischen Territorien entsprechen nicht den wirtschaftlichen Verflechtungsräumen. Das heißt, es sind Wege zu finden, wie Bevölkerungen an ganz unterschiedlichen Orten der Welt über Produktionssysteme entscheiden können.

Das Konzept der Arbeiter:innenkontrolle kann wichtiger Bestandteil einer Strategie von Übergangsforderungen und antikapitalistischen Strukturreformen sein (Zeller 2020a: 187-188). Übergangsforderungen überwinden die Trennung zwischen Sofortzielen (in Hinblick auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialgesetzgebung, Umweltbestimmungen, demokratische Rechte und Maßnahmen gegen Repression etc.) und einer oftmals abstrakten, scheinradikalen Propaganda gegen Kapital und Staat und für den Sozialismus im Allgemeinen (ausführlich in Mandel 1978: 283-321). Ausgehend von den Wünschen und dem Bewusstsein der Lohnabhängigen und der Aktiven in sozialen Bewegungen sollen Forderungen formuliert werden, die das bestehende Regime nicht ohne weiteres integrieren kann. Wenn die Lohnabhängigen von der Notwendigkeit eines Kampfes für solche Forderungen überzeugt sind, lassen sich Sofortforderungen mit einer weitergehenden, die Herrschaft des Kapitals überwindenden Perspektive verbinden (Mandel 1971: 21 f).

Mit Arbeiter:innenkontrolle setzen die Lohnabhängigen ein Vetorecht in Belangen durch, die ihre Existenz im Betrieb betrifft. Hierzu gehört auch die Offenlegung der Bücher. Die Arbeiter:innenkontrolle will nicht zu einem institutionalisierten Bestandteil eines Systems der Mitbestimmung werden und ihre Klassenunabhängigkeit verlieren, sondern Lernprozesse und den Aufbau von Gegenmacht ermöglichen, und zwar in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive (vgl. Hoffmann 1975: 83).

Wenn die streikenden Beschäftigten in Vollversammlungen darüber hinaus demokratisch Delegierte für Streikkomitees wählen – und zwar nicht nur in einem Betrieb, sondern in allen Betrieben der Region oder des Landes – und wenn diese Streikkomitees wiederum Delegierte für regionale oder gar nationale Versammlungen der Beschäftigten wählen, dann bilden sie Rätestrukturen. Derartige territoriale Arbeiter:innenräte errichten als demokratische Organe der Beschäftigten eine Kontrollmacht gegenüber den Unternehmensleitungen. Eignen sich die Räte der Lohnabhängigen Machtbefugnisse an und werden sie von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als Organe der Verwaltung der Gesellschaft

anerkannt, dann können sich diese Organe sogar zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht gegenüber den etablierten Organen des Staates weiterentwickeln. In einem solchen Fall entsteht eine Situation einer Doppelmacht, die allerdings kaum lange Zeit bestehen kann (Mandel 1971: 12 ff; McNally 2021). Die Räte waren die Keimform einer neuen Ordnung. Die Rätedemokratie ist bislang die vielleicht am weitesten reichende Alternative zum parlamentarischen System und der bürgerlichen Herrschaft, die von der Arbeiter:innenbewegung hervorgebracht wurde. Doch unter den ökologischen Beschränkungen und angesichts der Kippunkte des Erdsystems stellen sich demokratische Herausforderungen ungeahnten Ausmaßes. Hier braucht es neue demokratische Konzepte, die sich erst durch praktische Erfahrung entwickeln lassen.

4.4 Veränderungen durch, mit oder gegen den Staat?

Setzen mächtige soziale Bewegungen konkrete Maßnahmen der gesellschaftlichen Aneignung durch und tasten damit real das Privateigentum an Produktionsmitteln an, treten sie unweigerlich in Widerspruch zur bestehenden staatlichen Ordnung. Damit ist eine zentrale strategische Frage auf dem Tisch. Lässt sich ein gesellschaftlicher Prozess in Richtung ökosozialistische Alternative durch den Staat oder nur gegen den Staat durchsetzen? (Zeller 2020a: 193-195)

Auf der Basis umfassender gesellschaftlicher Mobilisierungen durch soziale Bewegungen und ökologisch sensible Gewerkschaften ist es möglich, dass in dem einen oder anderen Land sozial-ökologische Reformregierungen die Regierungsgeschäfte übernehmen. Darunter verstehe ich jedoch nicht eine Regierungskoalition aus sozialdemokratischen und grünen Parteien, die einem kapitalistischen Modernisierungsprogramm verhaftet sind, sondern Regierungen, die sich auf starke Mobilisierungen stützen, um sozial-ökologische Strukturreformen zu verwirklichen. Das kann ein wichtiger Schritt in Richtung grundlegender Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein. Entscheidend ist allerdings, dass starke soziale Bewegungen der Arbeitenden eine solche Regierung tragen und treiben.

Doch kann eine derartige Regierung im Verbund mit sozialen Bewegungen die grundlegenden Verhältnisse wirklich verändern? Ist es beispielsweise möglich, auf diese Weise die gesellschaftliche Aneignung der großen Konzerne der fossilen Industrie, der Automobilindustrie und anderer Schlüsselindustrien durchzusetzen und sie demokratisch zu steuern und umzubauen? Die Übernahme der Regierungsgeschäfte ist

nicht gleichbedeutend mit der Machtübernahme. Denn die Macht des Kapitals gründet sich primär auf dem Eigentum und der Verfügungsgewalt über die großen Produktionseinrichtungen. Auch wenn Regierungen wechseln, bestehen die grundlegenden Machtverhältnisse und Machtstrukturen fort. Die entscheidende Frage ist hierbei, ob es den sozialen Bewegungen und den organisierten Lohnabhängigen gelingt, ihre eigenen Strukturen und Organe aufzubauen, die in der Lage sind, das Kräfteverhältnis so weit zu verändern, dass den Kapitaleigentümer:innen nichts Anderes übrigbleibt, als ihre Kontrolle über die Produktionsmittel teilweise aufzugeben. Gesellschaftliche Aneignungsprozesse treten mit grundlegenden Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise in Konflikt, da sie das Eigentum des Kapitals über Produktionsmittel antasten, unterminieren und schließlich sogar aufheben.

Staaten verteidigen die grundlegenden Interessen des Kapitals. Die Klimapolitik der Regierungen seit den ersten internationalen Klimakonferenzen in den 1980er-Jahren zeigt, dass die Staaten nicht neutrale Mittler zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen sind, sondern die Anliegen des Kapitals und ganz besonders auch der fossilen Konzerne wahrnehmen. Auch der sogenannte Kohlekompromiss in Deutschland, der den Ausstieg aus der Braunkohle auf das Jahr 2038 verschiebt, ist Ausdruck dieser grundlegenden Rolle des Staates. Staaten decken und unterstützen tatkräftig die Interessen der Konzerne der fossilen Energieträger. In etlichen Ländern befinden sich diese Konzerne sogar zu weiten Teilen im Staatseigentum.

Die Erfahrungen der Arbeiter:innenbewegung und anderer sozialer Bewegungen lehren uns, dass eine ökosozialistische Gesellschaftsveränderung und ein umfassender gesellschaftlicher Emanzipationsprozess weder mit dem bestehenden Staat noch mit staatlicher Politik durchgesetzt werden können. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist weder neutral, noch verkörpert er ein Allgemeininteresse der Gesellschaft, sondern er ist Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und damit Klassenstaat. Daher ist er kein Instrument, das dazu taugt, dieses Verhältnis grundlegend zu verändern.

In der Arbeiter:innenbewegung, in der kritischen politischen Ökonomie und unter marxistischen Intellektuellen entbrannten bisweilen heftige Debatten über den Staat, die recht unterschiedliche Staatstheorien hervorbrachten. Einige Hinweise habe ich in meinem Buch *Revolution für das Klima* formuliert (Zeller 2020a: 193-202).

Ob sich eine sozial-ökologische Reformregierung halten kann, hängt stark von der internationalen Konstellation ab. Denn ohne offene Kon-

frontation mit der EU ließe sich eine konsequente sozialökologische Reformpolitik nicht umsetzen. Bei Kapitalflucht und Erpressung durch die Banken blieben einer solchen Regierung kaum mehr Handlungsspielräume. Sie wäre gezwungen, den Konflikt mit dem Kapital und seinen Vertreter:innen auszutragen. Das könnte aber schon bald dazu führen, dass sie vor der Alternative stünde, entweder eine Dynamik des Bruchs einzuleiten oder sich dem Druck des internationalen Kapitals unterzuordnen (Zeller 2020a: 201 f).

Ein Bruch ist aber nur möglich, wenn die Lohnabhängigen und sozialen Bewegungen ihre eigenen Strukturen der gesellschaftlichen Kontrolle, also eigene Räteorgane, so stark entwickelt haben, dass diese bereits eine größere gesellschaftliche Legitimität genießen als der Staatsapparat. Eine Lehre der bisherigen Ansätze von Arbeiter:innenkontrolle und Rätebewegungen ist, dass die neuen Strukturen der gesellschaftlichen Kontrolle schon bald mit den alten Staatsorganen um Anerkennung und Durchsetzungsmacht ringen. Die Repräsentanten der alten Ordnung haben bislang ihre Positionen nie freiwillig geräumt. Erlangen die neuen Räte-, Selbstverwaltungs- und Koordinationsorgane eine gesamtgesellschaftliche Durchsetzungsmacht, entsteht eine Situation der Doppelmacht. In einer solch instabilen Situation besteht die Möglichkeit, dass die Räteorgane einen Schritt weitergehen und schließlich die dringend erforderlichen sozialökologischen Strukturreformen durchsetzen, die mit der gesellschaftlichen Aneignung wichtiger Schlüsselindustrien, des Energiesektors und des Finanzsektors einhergehen. Derartige Konstellationen können kaum langfristig bestehen. Die neuen Organe stehen vor der Herausforderung, ihre Macht zu behaupten, letztlich durchzusetzen und damit die alten staatlichen und nicht staatlichen Instanzen zu entmachten. David McNally argumentiert ähnlich für die Aktualität der revolutionären Strategie des Bruchs und der Doppelmacht. Die ökologischen Zwänge, die er nicht anspricht, machen seine Überlegungen noch brisanter (McNally 2021).

Eine zentrale Frage bei diesen Überlegungen ist, ob sich eine solche Machtprobe überhaupt auf nationaler Ebene einleiten lässt. Aufgrund der engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen in Europa mit räumlich und organisatorisch zergliederten Produktions- und Innovationssystemen und der ökologischen Dringlichkeit, den industriellen Umbau transnational voranzutreiben, ist dieses umfassende Kräftemessen vorwiegend auf transnationaler Ebene einzugehen. Das hieße aber, dass die Strukturen der Arbeiter:innenkontrolle, der breiteren gesellschaftlichen Kontrolle und die alternativen Räteorgane sich zwar lo-

kal und regional formieren und national zusammenschließen, aber zugleich auf transnationaler Ebene koordinieren. Es geht darum, auf allen Maßstabsebenen zu handeln, um das Kräfteverhältnis substanziell zu verschieben. Offensichtlich ist, dass ein ökosozialistischer Umbruch in einem oder in mehreren Ländern sich bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen umgehend internationalisieren muss, um Erfolg zu haben. Deshalb vermitteln die Vorstellungen einer Rückkehr zum traditionellen bürokratischen Sozialstaat oder eines New Green Deals unter der vermeintlich neutralen Vermittlung des bestehenden Staates keine Perspektive, die in der Lage wäre, eine gerechte und ökologische nachhaltige Transition einzuleiten.

Doppelmachtsituationen können sehr unterschiedlich entstehen (Zeller 2022a). Geographische Formen der Doppelmacht entstünden, wenn sich in einigen Regionen eines Landes Selbstverwaltungsstrukturen etablierten und vor der Aufgabe stünden, die sozial-ökologischen Umbaumaßnahmen in der Wirtschaft energisch im ganzen Land umzusetzen. Sektorale Formen der Doppelmacht tauchten auf, wenn die Beschäftigten in einigen Wirtschaftssektoren begonnen hätten, den industriellen Umbau selbstorganisiert in die Hand zu nehmen, sich in anderen Sektoren die fossile Pfadabhängigkeit aber noch nicht aufbrechen ließ. Auch historisch völlig neue Situationen sind denkbar: In verschiedenen Ländern entstehen mehr oder weniger zeitgleich auf der Grundlage massiver Mobilisierungen und ausgedehnter Prozesse der Selbstermächtigung regional oder sektoral beschränkte Doppelmachtsituationen, die allerdings die Konzern- und Staatsmacht nur teilweise in Frage zu stellen vermögen. Daraus ergäbe sich die Herausforderung, die revolutionäre Entscheidung auf kontinentaler oder transnationaler Ebene zu suchen. Bei all diesen Konstellationen sind das internationale Kräfteverhältnis sowie die Mobilisierungen anderswo auf der Welt zu beachten.

Es bleibt herauszufinden, wie die gewählten Räte- und Selbstverwaltungsstrukturen durch bewusste und zentralisierte Aktion die Macht übernehmen können und inwiefern damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Macht des Kapitals zu brechen sowie den bürgerlichen Staat zurückzudrängen und durch neue Formen der Staatlichkeit und der in Räten organisierten gesellschaftlichen Selbstverwaltung zu ersetzen. Ökosozialistische Organisationen, die in der Lage sind, historische Erfahrungen zu verarbeiten, von den unterschiedlichen Bewegungen der Welt zu lernen und demokratisch funktionieren, können bei diesen Klärungsprozessen eine entscheidende Rolle einnehmen. Die demokratisch legitimierten und verallgemeinerten Selbstverwaltungsstrukturen

organisieren schließlich den Umbau der ökologischen Produktion und treiben gleichzeitig die praktische Umwälzung der sozialen Verhältnisse, der Wertvorstellungen, der Produktionsweisen und Konsumstile sowie der Geschlechter- und Naturverhältnisse im Sinne eines umfassenden gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses voran. Der dringend erforderliche ökologische Umbau der Produktion und Reproduktion sowie die Durchsetzung der ebenso dringend gebotenen Umverteilung des erarbeiteten Reichtums verlangen die Einleitung eines revolutionären Prozesses.

5. Fazit

Die Ausbeutung der Arbeit, die Kolonisierung der reproduktiven Arbeit, der Raubbau an der Natur sowie die imperialistische und rassistische Unterdrückung sind Fundamente der kapitalistischen Produktionsweise. Die Dominanz finanzieller Verwertungsstrategie hat diese Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse verschärft. Mit dem Anthropozän-Kapitalismus treten wir in eine Phase voller Ungewissheiten und Instabilitäten. Die Dynamiken des Erdsystems mit seinen Kippunkten werden den Gesellschaften abrupte Veränderungen aufzwingen. Pandemien sowie gesellschaftliche Katastrophen durch Dürren, Überschwemmungen und Hitzeperioden werden an der Tagesordnung sein und die politischen Auseinandersetzungen prägen.

Das Putin-Regime in Russland hat unter Zuhilfenahme großrussischer Propaganda einen umfassenden Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung begonnen. Die nationalistischen Herrscher in der Türkei und Aserbaidschan führen ebenfalls Krieg gegen ihre Nachbarn. Sollten diese Feldzüge erfolgreich sein, werden andere Regimes versucht sein, weitere Kriege zu starten. Zugleich verschärft sich die geopolitische und imperialistische Rivalität. Die USA und die NATO-Länder bereiten sich mit ihrer bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gestarteten Aufrüstungsoffensive auf mögliche militärische Konflikte mit China und den verschärften Kampf um Rohstoffe und ökologische Senken vor. Die „Energiewende“ wird den Hunger nach Rohstoffen und die Rivalität um den Zugang zu den entsprechenden Territorien und die Erschließung von Märkten verstärken. Die Veränderungen des Klimas werden die Fruchtbarkeit vieler Agrargebiete reduzieren und Städte unbewohnbar machen. Millionen von Menschen werden sich gezwungen sehen, ihre Wohngebiete zu verlassen. Diese Entwicklung erhöht die Gefahr neuer Kriege.

Die kapitalistische Produktionsweise erlaubt keinen Spielraum mehr für deren sozial-ökologische Reform. Die inneren Widersprüche zwi-

sehen Profiterwartungen, Generierung neuer Nachfrage und planetaren Grenzen sind unauflösbar. Sie sind so umfassend, dass die kapitalistische Produktionsweise nur unter Inkaufnahme einer sozialen Regression, der umfassenden ökologischen Zerstörung und der Tendenz zu barbarischen Verhältnissen weiterfunktioniert.

Die grün-kapitalistische Modernisierung wird Prozesse der Barbarei und der neokolonialen Ausplünderung befördern. Linke Green New Deals bleiben eine Illusion, weil sie ökonomisch widersinnig und ökologisch ungenügend sind. Jede Orientierung, die auf eine sozial-ökologische Reform bzw. Transformation des Kapitalismus setzt, ist im Anthropozän-Kapitalismus auf Sand gebaut und wird in grauenvolle Niederlagen führen.

Eine ökosozialistische Perspektive teilt etliche Einzelforderungen der radikalen Varianten eines Green New Deal, betrachtet diese allerdings als Teil einer Strategie des antikapitalistischen Bruchs, nicht eines Deals mit einzelnen Kapitalfraktionen oder Teilen der Eliten. Hierbei stehen wir vor Herausforderungen, die die Fürsprecher:innen eines Green New Deals nicht ansprechen: die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel, der Aufbau von unabhängigen demokratischen Strukturen, die eine gesellschaftliche Gegenmacht zum Ausdruck bringen können und schließlich die Infragestellung der Macht des Kapitals überhaupt. Auf dieser Grundlage gilt es eine revolutionäre ökosozialistische Strategie zu entwickeln (Zeller 2021b, 2022a).

Die Erkenntnisse der Erdsystemforschung weisen darauf hin, dass der gesamte gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur derart gestört ist, dass nur ein rascher und kompletter industrieller Um- und Rückbau die Aussicht darauf zulässt, die Erde lebensfreundlich zu erhalten. Demzufolge zieht sich die Anforderung den gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur auf rationale Weise zu organisieren, durch alle gesellschaftlichen Bereiche, also namentlich die Produktion, Reproduktion und Zirkulation, hindurch. Alles ist zu reorganisieren.

Der Kampf für Defossilisierung der Gesellschaft ist mit der Konstituierung einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen zu verbinden. Dieser Prozess der Neuzusammensetzung und Neuformierung einer Bewegung als organisierte Gemeinschaft der arbeitenden Klassen kann nur gelingen, wenn sich gewerkschaftliche Neuansätze, eigenständige betriebliche Organisationsformen und Impulse aus den Frauenbewegungen, den Umweltbewegungen und den Bewegungen gegen Rassismus verbinden und gegenseitig befruchten. Das setzt voraus, dass die Gewerkschaften sich ebenfalls als soziale Bewegungen verstehen und den

Lohnabhängigen in sämtlichen Belangen – von den Arbeitsbedingungen über die Sozialversicherungen, die Gesundheit bis hin zu den Wohnbedingungen und der Qualität der Betreuungseinrichtung für die Kinder – bestehen. Um eine derartige Orientierung voranzutreiben, braucht es die Formierung einer ökosozialistischen Bewegung. Hierzu sind auch pluralistische und revolutionäre ökosozialistische Organisationen nötig, um kollektiv bisherige Erfahrungen zu verarbeiten, von Bewegungen auf der ganzen Welt zu lernen, wissenschaftliche Erkenntnisse bei der Ausarbeitung von politischen und gesellschaftlichen Alternativen zu verarbeiten und in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen taktisch und strategisch angemessen einzugreifen. Die Erderhitzung und der Anthropozän-Kapitalismus stellen nichts weniger als einen langanhaltenden revolutionären Prozess, einen antikapitalistischen Bruch und einen ökosozialistischen Aufbruch auf die Tagesordnung.

Literatur

- Adler, David; Wargan, Pawel und Prakash, Sona (2019): *A Blueprint For Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe*, Dec 2019, DiEM25, 93 S.
<https://report.gndforeurope.com/cms/wp-content/uploads/2020/01/Blueprint-for-Europes-Just-Transition-2nd-Ed.pdf> Zugriff: 1. Dezember 2020.
- Adler, Frank und Schachtschneider, Ulrich (2010): *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?* Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökologie. München: oekom Verlag, 318 S.
- Ajl, Max (2021): *A People's Green New Deal*. London: Pluto Press, 216 S.
- Altwater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 262 S.
- Altwater, Elmar (2011): „Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma?“. In: *Widerspruch* (60), S. 119-132.
- Angus, Ian (2019): „The Discovery and Rediscovery of Metabolic Rift“. In: M. Empson (Hrsg.): *System Change not Climate Change. A Revolutionary Response to Environmental Crisis*. London: Bookmarks Publications. S. 51-67.
- Angus, Ian (2020): *Im Angesichts des Anthropozäns*. Klima und Gesellschaft in der Krise. Münster: Unrast-Verlag, 264 S.

- Armstrong McKay, David I.; Staal, Arie; Abrams, Jesse F.; Winkelmann, Ricarda; Sakschewski, Boris; Loriani, Sina; Fetzer, Ingo; Cornell, Sarah E.; Rockström, Johan und Lenton, Timothy M. (2022): Exceeding 1.5°C global warming could trigger multiple climate tipping points. In: *Science* 377 (6611), S. eabn7950.
- Aronoff, Kate; Battistoni, Alyssa; Aldana Cohen, Daniel und Riofrancos, Thea (2019): *A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal*. London: Verso, 194 S.
- Barbier, Edward B. (2010): *A Global Green New Deal. Rethinking the Economic Recovery*. Cambridge Cambridge University Press, 304 S.
- Brand, Ulrich (2009): „Schillernd und technokratisch. Grüner New Deal als *magic bullet* in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?“. In: *Prokla* 39 (3), S. 475-481.
- Brüggen, Willi (2001): „Grüne New Deal“. In: W. F. Haug; F. Haug; P. Jehle und W. Küttler (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5. Hamburg: Argument-Verlag. S. 1062-1070.
- Chesnais, François (2016): *Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump*. Historical Materialism 131. Leiden, Boston: Brill, 310 S.
- Chesnais, François und Serfati, Claude (2004): „Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion“. In: C. Zeller (Hrsg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 217-254.
- Chomsky, Noam und Pollin, Robert (2020): *Climate Crisis and the Global Green New Deal*. London: Verso, 180 S.
- Dasgupta, Shouro; van Maanen, Nicole; Gosling, Simon N.; Piontek, Franziska; Otto, Christian und Schleussner, Carl-Friedrich (2021): Effects of climate change on combined labour productivity and supply: an empirical, multi-model study. In: *The Lancet Planetary Health* 5 (7), S. e455-e465.
- Durand, Cédric und Gueuder, Maxime (2018): „The Profit–Investment Nexus in an Era of Financialisation, Globalisation and Monopolisation: A Profit–Centred Perspective“. In: *Review of Political Economy* 30 (2) 2018/04/03, S. 126-153.
- EU (2020): *Stepping up Europe’s 2030 climate ambition. Investing in a climate-neutral future for the benefit of our people. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions* (COM(2020) 562 final), 17.9.2020: Brussels.
https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/eu-climate-action/docs/com_2030_ctp_en.pdf Zugriff: 1.12.2020.

- EuroMemo Group (2020): *A Green New Deal for Europe. Opportunities and Challenges*. EuroMemorandum 2020. Wien, 30 S.
- Europäische Kommission (2020): *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 (Europäisches Klimagesetz) (2020/0036 (COD))*, 4. März 2020, Europäische Kommission: Brussels, 25 S.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0080&from=EN> Zugriff: 10. August 2020.
- European Commission (2019): *The European Green Deal. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.*, 11 December 2019, European Commission.; Brussels, 24 S.
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf Zugriff: 10 Januar 2020.
- European Commission (2020): *Financing the green transition: The European Green Deal Investment Plan and Just Transition Mechanism*: European Commission., 14 Januar 2020.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_17. Zugriff: 20. Juni 2021.
- Flassbeck, Heiner (2020): *Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft*. Lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen? Frankfurt/Main: Westend, 176 S.
- Foster, John Bellamy; Clark, Brett und York, Richard (2010): *The Ecological Rift. Capitalism's War on the Earth*. New York: Monthly Review Press, 544 S.
- Harribey, Jean-Marie (2011): „Décroissance – Anatomie einer Bewegung“. In: *Emanzipation* 1 (1), S. 22-32.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford, UK: Oxford University Press, 252 S.
- Harvey, David (2014): *Seventeen contradictions and the End of Capitalism*. London: Profile Books, 338 S.
- Hirschel, Dierk (2020): *Das Gift der Ungleichheit*. Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können. Berlin: Dietz, 256 S.
- Hoffmann, Reinhard (1975): „Formen, Bereiche und Grenzen einer Demokratisierung industrieller Entscheidungsprozesse in der Privatwirtschaft“. In: F. Vilmar (Hrsg.): *Industrielle Demokratie in Westeuropa*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 78-88.

- Husson, Michel (2009): „Un capitalisme vert est-il possible?“. In: *Con-tretemps* 1 (nouvelle série) (1) janvier, S. 93-102.
- Husson, Michel (2021): „Economie politique: après l’hibernation“. In: *À l’encounter*, 2. Februar 2021.
<http://alencontre.org/laune/apres-lhibernation.html>, Zugriff 3. März 2021.
- IPCC (2018): *1,5°C globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*, Intergovernmental Panel on Climate Change, G. World Meteorological Organization: Genf, 32 S. https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf Zugriff: 26. März 2020.
- IPCC (2021): *Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Masson-Delmotte, V., P. Zhai, A. Pirani, S. L. Connors, C. Péan, S. Berger, N. Caud, Y. Chen, L. Goldfarb, M. I. Gomis, M. Huang, K. Leitzell, E. Lonnoy, J.B.R. Matthews, T. K. Maycock, T. Waterfield, O. Yelekçi, R. Yu and B. Zhou (eds.)]: Cambridge University Press, 3948 S.
- Kaufmann, Stephan und Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und keine Ende des Wachstums*. Reihe: einundzwanzig Band 2. Berlin: Dietz Verlag, 270 S.
- Klein, Naomi (2019): *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 349 S.
- Linke, Die (2020): *Aktionsplan Klimagerechtigkeit 28. Januar*, Aktionsplan Klimagerechtigkeit Berlin, 106 S.
https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2020/LINKE_BTF_Broschuere_Klimagerechtigkeit_Web.pdf
 Zugriff: 30. November 2020.
- Löwy, Michael (2016): *Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe*. Hamburg: Laika Verlag, 192 S.
- Mahnkopf, Birgit (2014): „Peak Capitalism? Wachstumsgrenzen als Grenzen des Kapitalismus“. In: *WSI Mitteilungen* (7), S. 505-512.
- Mahnkopf, Birgit (2020): „Der Kapitalismus an ökologischen, ökonomischen und sozialen Kippunkten“. In: *Kurswechsel* (1/2020), S. 11-19.
- Malm, Andreas (2016): *Fossil Capital. The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming*. London: Verso, 496 S.
- Malm, Andreas (2021): *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen*. Berlin: Matthes & Seitz, 211 S.

- Mandel, Ernest (1971): „Einleitung von Ernest Mandel“. In: E. Mandel (Hrsg.): *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung*. Eine Anthologie. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt. S. 9-55.
- Mandel, Ernest (1978): *Revolutionäre Strategien im 20. Jahrhundert*. Wien: Europaverlag, 352 S.
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital*, Erster Band. Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW) Band 23. 1988. Berlin: Dietz Verlag, 955 S.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital*, Dritter Band. Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW) Band 25. 1988. Berlin: Dietz Verlag, 1007 S.
- McKinsey Global Institute (2020): *The future of work in Europe*. Automation, workforce transitions, and the shifting geography of employment, Junde 2020, McKinsey&Company: London, Washington, 44 S.
- McNally, David (2021): „What Is the Meaning of Revolution Today? Beyond the New Reformism“. In: *Spectre*, June 16, 2021. <https://spectrejournal.com/what-is-the-meaning-of-revolution-today> Zugriff: 19. Juli 2021.
- Pettifor, Ann (2020): *Green New Deal*. Warum wir können, was wir tun müssen. Hamburg: Hamburger Edition, 186 S.
- Pollin, Robert (2020): „An Industrial Policy Framework to Advance a Global Green New Deal“. In: A. Oqubay; C. Cramer; H.-J. Chang und R. Kozul-Wright (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Industrial Policy*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change*. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Hamburg: VSA Verlag, 144 S.
- Rifkin, Jeremy (2019): *Der globale Green New Deal*. Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann. Frankfurt a. M.: Campus, 319 S.
- Roberts, Michael (2021): *The productivity crisis*. 30. Mai 2021. <https://thenextrecession.wordpress.com/2021/05/30/the-productivity-crisis/>. Zugriff 19. Juli 2021.
- Rockström, Johan; et al. (2009): „Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity“. In: *Ecology and Society* 14 (2), S. art32.
- Sanders, Bernie (2019): *The Green New Deal*
 . <https://berniesanders.com/issues/green-new-deal/>, Zugriff 1. Dezember 2020.

- Santarius, Tilman (2015): *Der Rebound-Effekt*. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Marburg: Metropolis.
- Semieniuk, Gregor (2018): Energy in Economic Growth: Is Faster Growth Greener? SOAS Department of Economics Working Paper (208), S. 39. <https://EconPapers.repec.org/RePEc:soa:wpaper:208>.
- Statista (2022a): Gasabsatz ausgewählter Energieversorger in Deutschland im Jahr 2020. 1. April 2022, Statista Research Department. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250346/umfrage/wichtige-gasversorger-nach-absatz-in-deutschland/>. Zugriff 4. Oktober 2022
- Statista (2022b): Umsatz der größten Energieversorger in Deutschland in den Jahren 2020 und 2021 (in Milliarden Euro). 6. Mai 2022, Statista Research Department. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/170384/umfrage/umsatz-der-groessten-energieversorger-in-deutschland/>. Zugriff 4. Oktober 2022
- Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo; Bennett, Elena M.; Biggs, Reinette; Carpenter, Stephen R.; de Vries, Wim; de Wit, Cynthia A.; Folke, Carl; Gerten, Dieter; Heinke, Jens; Mace, Georgina M.; Persson, Linn M.; Ramanathan, Veerabhadran; Meyers, Belinda und Sörlin, Sverker (2015): „Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet“. In: *Science* 347 (6223), S. 1259855.
- Steffen, Will; Rockström, Johan; Richardson, Katherine; Lenton, Timothy M.; Folke, Carl; Liverman, Diana; Summerhayes, Colin P.; Barnosky, Anthony D.; Cornell, Sarah E.; Crucifix, Michel; Donges, Jonathan F.; Fetzer, Ingo; Lade, Steven J.; Scheffer, Marten; Winkelmann, Ricarda und Schellnhuber, Hans Joachim (2018): „Trajectories of the Earth System in the Anthropocene“. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115 (33), S. 8252-8259.
- Tanuro, Daniel (2020): *Trop tard pour être pessimistes! La catastrophe grandissante et les moyens de l'arrêter*. Paris: La Découverte, 314 S.
- Taylor, Lance (2008): Energy Productivity, Labor Productivity, and Global Warming; Twenty-first Century Macroeconomics: Responding to the Climate Challenge, March, Schwartz Center for Economic Policy Analysis: New York, 15 S. https://www.economicpolicyresearch.org/images/docs/research/climate_change/Taylor_Energy_Productivity_Labor_Productivity_Global_Warming.pdf.
- The Green European Foundation (2009): *A Green New Deal for Europe*. Towards green modernisation in the face of crisis. A report by the Wuppertal

- Institute for Climate, Environment and Energy. Commissioned by The Greens European – Free Alliance in the European Parliament. Green European Foundation: Brussels, 87 S.
https://gef.eu/wp-content/uploads/2020/03/GEF_GND_for_Europe_publication_web.pdf Zugriff: 30. November 2020.
- Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 315 S.
- Zeller, Christian (2010a): „Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals“. In: F. Schmieder (Hrsg.): *Die Krise der Nachhaltigkeit*. Zur Kritik der politischen Ökologie. Bern, Berlin: Peter Lang Verlag, S. 103-135.
- Zeller, Christian (2010b): „Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Aneignung. Demokratisierung durch gesellschaftliches Eigentum und partizipative Planung“. In: *Theorie und Praxis sozialer Emanzipation (SoZ+)* 2 (September), S. 12-25.
- Zeller, Christian (2011): „Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und die Suche nach neuen Feldern“. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55 (1-2), S. 65-83.
- Zeller, Christian (2020a): *Revolution für das Klima*. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: Oekom Verlag, 248 S.
- Zeller, Christian (2020b): „Den industriellen Um- und Rückbau planen. Wie lässt sich von kapitalistischer Planung lernen?“ In: *Analyse & Kritik* (664), 20. Oktober, S. 31.
- Zeller, Christian (2021a): „Green New Deal als Quadratur des Kreises“. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 51 (1 (2021)), S. 31-51.
- Zeller, Christian (2021b): „Ökosozialistische Strategien im Anthropozän. Einleitung in die Artikelreihe“. In: *Die Freiheitsliebe*. 17. Oktober 2021, Förderverein für kritischen Journalismus e.V. i.G.
<https://diefreiheitsliebe.de/politik/oekosozialistische-strategien-im-anthropozan/>. Zugriff 11. November 2021
- Zeller, Christian (2022a): „Abrupte Wendungen verstehen. Ökosozialistische Strategien auf erhitzter Erde in verdichteter Zeit“. In: *Emanzipation* 6 (1).
<https://emanzipation.org/2022/03/abrupte-wendungen-verstehen>.
- Zeller, Christian (2022b): „Ökologische Schuld anerkennen und fossile Industrie zurückbauen“; in: *isw-Report* (Nr. 129), Juli, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., München, 30-35 S.

Originalbeitrag für dieses Buch.